

# Neuzeitliche Freiheit

Einzige unabhängige Tageszeitung Deutschlands

Nummer 50 — 2. Jahrgang

Saarbrücken, Donnerstag, den 1. März 1934

Chefredakteur: M. Braun

## Aus dem Inhalt

- Beräubung der Kriegsofizer Seite 3
- Wie wird emigrierten Intellektuellen geholfen Seite 4
- Die Wiener Geuel Seite 5
- Kriegsgefahr im Osten Seite 7
- Deutschnationale Frau schreibt Seite 7

## Monarchie in Oesterreich?

### Scharfe französische Warnung

Paris, 28. Februar 1934.

Die Rückkehr der Habsburger nach Oesterreich soll nach hier vorliegenden, vorläufig noch unbestätigten Meldungen, unmittelbar bevorstehen. Die französische Außenpolitik ist dadurch über Nacht gewissermaßen auf Alarmstufe gebracht worden, wie die drohende Sprache der Presse beweist. Frankreich kündigt mit den schärfsten Wendungen an, daß es nicht gewillt sei, sich durch eine monarchistische Ueberrückung in Oesterreich von Italien diplomatisch an die Wand spülen zu lassen.

„L'Europe“ erinnert daran, daß in der diplomatischen Geschichte der Nachkriegszeit ein Präzedenzfall vorliegt. Zur Zeit der Regierung Poincaré im Jahre 1921 hat die Vorkriegskonferenz der alliierten Mächte festgestellt, daß eine damals in Frage stehende Rückkehr der Habsburger nach Ungarn ohne Ermächtigung der Vorkriegskonferenz ausgeschlossen sei. Der französische Außenminister Barthou, so erklärt das Blatt, sei gegen jede monarchistische Restauration in Oesterreich ebenso wie gegen einen Anschluß an Deutschland. Dazu fügt das Blatt die aufsehenerregende Warnung: Frankreich werde es auf den schwersten wirtschaftlichen Druck gegen die Länder, die die Unabhängigkeit Oesterreichs bedrohten, ankommen lassen.

Jedenfalls läßt es sich nicht mehr leugnen, daß Mussolini aus der gemeinsamen französisch-italienischen Front zum Schutze der österreichischen Unabhängigkeit bereits wieder angebrochen ist, ja, daß diese Front eigentlich nur einen kurzen Augenblick lang als Vision bestanden hat. Einig sind die beiden Mächtegruppen — Italien und Ungarn auf der einen, Frankreich und die Kleine Entente auf der anderen Seite — lediglich in ihrem gemeinsamen Widerstand gegen den deutschen Nationalsozialismus. Im übrigen sucht aber Mussolini aus der augenblicklichen Schwächung des Nationalsozialismus in Oesterreich sofort Sonder Vorteile herauszuschlagen. Der von ihm geplante österreichisch-ungarische Wirtschaftsbund, der in der Ferne auch die Möglichkeit der Beteiligung eines ge-

zügig gewordenen Deutschlands offen läßt, bildet für die mit Frankreich verbündeten Staaten der Kleinen Entente, namentlich die Tschekoslowakei, eine geradezu lebensgefährliche Bedrohung.

### Zur Vorgeschichte

Paris, 28. Februar 1934.

Ueber die Vorgeschichte der gegenwärtigen österreichischen Ereignisse glaubt das „Echo de Paris“ neue Mitteilungen machen zu können. Mitte Januar, so schreibt das Blatt, wäre fast ein Abkommen zwischen Hitler und Dollfuß abgeschlossen worden, wonach Dollfuß als Vizekanzler in das österreichische Kabinett eintreten und das Innen- und das Gesundheitsministerium mit zwei anderen Nationalsozialisten besetzt werden sollten. Dieses Komplott sei durch Major Fev, der als Vertrauensmann Mussolinis gelte, aufgedeckt worden und Dollfuß habe auf einen Wink Mussolinis Berlin den Rücken kehren müssen.

### Erzherzog Eugen im Hintergrund

Basel, 27. Febr. Der angekündigte Rücktritt des österreichischen Bundespräsidenten Miklas scheint mit Plänen gewisser Kreise zusammenzuhängen, die auf dem Wege über das Amt des Bundespräsidenten das Haus Habsburg wieder an die Macht bringen wollen. Der siebenjährige, gegenwärtig in einem Baseler Hotel lebende Erzherzog Eugen gilt nach einer Wiener Meldung als Kandidat für den Posten des Bundespräsidenten. Aus der Umgebung des Erzherzogs wird dazu der Schweizerischen Telegraphenagentur berichtet, diese Meldung sei für den angeblichen Anwärter völlig neu. Der Erzherzog selbst hat sich geweigert, einen Vertreter der „Baseler Nationalzeitung“ zu empfangen. Er erklärte, er wisse nicht mehr als in der Meldung steht und müsse es ablehnen, sich weiter zu dem Angelegenheit zu äußern. Der Erzherzog, der im Weltkrieg Oberkommandierender der Tiroler Front war, scheint also zumindest für seiner Person sich alle Möglichkeiten offen halten zu wollen.

## Holland liefert aus!

### Vier Emigranten über die deutsche Grenze gebracht — Auflösung eines geheimen Jugendkongresses

Amsterdam, 28. Febr. (Eig. Bericht). Die vier Deutschen, die nach der Aufhebung des Kongresses zur Errichtung einer vierten Jugendinternationale in der Moedend-herberge „De Toort“ ins Polizeigefängnis des Städtchens Varen gebracht wurden, sind durch den Bürgermeister von Varen Jonker Nijssen, ohne dem Rechtsbeistand der Verhafteten Kenntnis zu geben, über die deutsche Grenze gesetzt worden. Sieben von den fünfzehn eingeschleppten Ausländern, die ins Polizeigefängnis Amsterdam eingeliefert worden sind, sind per Schiff über die belgische Grenze gebracht worden. Einzelheiten über die Verschickung der Vier nach Deutschland waren nicht zu bekommen, selbst nicht für den Rechtsbeistand Mr. Deeno L. Stols-Amsterdam, da der Bürgermeister von Varen, nachdem er Aufweisung zur Verschickung nach Deutschland gegeben hatte, verweilt war.

Wie jetzt bekannt gegeben wird, war der Kongress einberufen von der „Commission Centrale Internationale des Jeunes“, die zugehört zur „Ligue Communiste Internationale“ (Wolschewitz-Denikins).

Die Ausweisung der vier in Varen festgenommenen Deutschen über die deutsche Grenze kommt einer Auslieferung an Nazideutschland gleich. Denn über das weitere Schicksal der Vier besteht wohl kaum ein Zweifel. Dieser Bruch des Asylrechts wirkt ein krasses Schlaglicht auf die zunehmende Faschisierung Hollands, vor allem in den kleineren Städten. Wiederholt ist es vorgekommen, daß Bürgermeister kleinerer Orte, vor allem im Osten des Landes, versucht haben, deutsche politische Flüchtlinge über die deutsche Grenze zu setzen, obwohl der Artikel 12 des Fremdenengesetzes ausdrücklich sagt, daß der Fremde, der als eine Gefahr für die öffentliche Ruhe erachtet wird, über die Grenze gesetzt wird, die er selbst angibt — sofern dies möglich ist. In diesem Falle hätte durchaus die Möglichkeit

bestanden, die vier jungen Deutschen über die belgische Grenze zu setzen. In früheren Fällen gelang es durch Eingreifen der zentralen Instanzen, die Ausweisung nach Deutschland unmöglich zu machen. Der Bürgermeister von Varen hat die Auslieferung an Deutschland vorgenommen, ohne den Rechtsbeistand der Verhafteten in Kenntnis zu setzen und damit das Asylrecht geschändet. Ein Eingreifen zugunsten der Vier von Amsterdam aus war unmöglich, da die Vier bereits an oder gar über der Grenze waren, als ihre Ausweisung bekannt wurde.

Die Erregung in der holländischen Arbeiterschaft über diese granulante Willkür des Bürgermeisters von Varen ist sehr groß. Ein kurzer, amtlicher Bericht über die Aufhebung des Kongresses besagt, daß die Verhaftung erfolgte, weil die Festgenommenen das Verbot der politischen Betätigung von Fremdlingen in Holland verletzt hätten.

Amsterdam, 28. Febr. (Eig. Bericht). Die holländische Polizei hob am Samstag in der Nähe von Varen bei Amsterdam einen sozialistischen Jugendkongress auf, der zur Errichtung einer IV. Jugendinternationale einberufen worden war. Sämtliche ausländischen Delegierten, im ganzen 19 Personen, darunter 8 Vertreter Deutschlands, ferner Vertreter der norwegischen Arbeiterpartei, der Rönt Tag Partei (ebenfalls Norwegen) und acht Vertreter der Internationalen Kommunistischen Liga (Trozkisten) wurden verhaftet, da sie entweder ohne gültige Pässe waren oder kein Aufenthaltvisum der Fremdenpolizei hatten. Fünfzehn der Verhafteten wurden auf Lastautos ins Amsterdamer Polizeigefängnis und ins Amsterdamer Untersuchungsgefängnis eingeliefert, da das Amsterdamer Polizeigefängnis nur über 4 Zellen verfügt. Die Delegation der Trozkisten bestand aus zwei Amerikanern, einem Belgier, einem Franzosen, zwei Schweizern und zwei Deutschen. Die

Vorfassung siehe 2. Seite.

## Dimitroffs Sieg

Hier nahte, kalte, graue Wände...  
Die Pritsche dort —  
und hier als Tisch ein Brett!  
Tot ist die Zeit und ohne Ende...

Ich möchte fort!  
Oh, daß die Kraft ich hätte  
den dumpfen Kerker aufzureißen — —

Hoch über mir sieht dann der Himmelsbrand,  
an dem verblaßt  
die matten Sterne gleichen,  
vom Brand  
der Erde nicht erfasst!  
Und da — in seinem blutigen  
Schein, —  
da ich sie marschieren,  
die Lebenden und Toten,  
in ungeheuren Reihen!  
Die Hörner jubilieren!  
Die rote Fahne weht!  
Im Gleichmaß dröhnt der Schritt,  
aus dem die neue Zeit erhebt — —  
Und ich — marschiere mit . . . .

Holl, 1934.

D.F. Die amtliche deutsche Meldung über die Freilassung und Ausweisung der bulgarischen Kommunisten Dimitroff, Popoff und Tanoff versucht zu entschuldigen, daß die vor zwei Monaten freigesprochenen jetzt erst in Freiheit gesetzt wurden. Die Ausweisung habe bisher nicht erfolgen können, weil die bulgarische Regierung die drei Kommunisten nicht als bulgarische Staatsangehörige anerkannte und ihre Uebernahme ablehnte. Nachdem sie ruffische Staatsangehörige geworden seien, habe die Abbeförderung nach der Sowjetunion erfolgen können.

Diese Sätze kennzeichnen die Verlegenheit der Reichsregierung, die nicht zugeben will, daß sie erst durch die Empörung der Weltöffentlichkeit und wiederholte Schritte der russischen Regierung gezwungen worden ist, sich einigermaßen den Wespennestigkeiten eines Rechtsstaates anzupassen. Wenn sie das freiwillig hätte tun wollen, würde sie niemand gehindert haben, die freigesprochenen Bulgaren sofort zu entlassen und sie unter Polizeiaufsicht zu stellen oder ihnen die Abreise nach einem beliebigen Lande freizustellen. Es ist bisher nicht bekannt geworden, daß andere Länder ihnen die Einreise verweigern wollten. Und wie steht es übrigens mit Torgler? Wird dieser deutsche Kommunist etwa von der deutschen Reichsregierung nicht als deutscher Staatsbürger anerkannt? Wird seine Uebernahme außerhalb der Gefängniszelle von Deutschland abgelehnt? Daß er eingekerkert bleibt, beweist, daß die Reichsregierung sich nur widerwillig unter dem Druck des Auslandes zur Freilassung der drei Ausländer verhalten hat. Der Deutsche Torgler bleibt weiter außerhalb der Garantien eines Rechtsstaates.

Die Verlegenheit der Reichsregierung äußert sich in dem Hinweis, sie habe darauf warten müssen, daß Dimitroff und Genossen russische Staatsbürger wurden. Rußland würde den drei Kommunisten die Einreise auch nicht verweigert haben, wenn sie nicht die russische Staatsbürgerschaft besessen hätten. Das wußte die Reichsregierung. Dennoch blieben die Freigesprochenen in der Gewalt Görings, dessen Rache sie vermeiden wollten. Erst als eine Freilassung anders nicht zu erreichen war, hat Sowjetrußland, zögernd genug, den drei Kommunisten das russische Staatsbürgerrecht verliehen. Als auch das nicht ohne weiteres die Freilassung bewirkte, mußte die russische Botschaft zweimal sehr ernst bei der Reichsregierung vorstellig werden. Das erste Mal durch mündliche Vorstellungen und dann durch die Ueberreichung einer dringend gehaltenen Verbalnote. Die Schritte blieben erfolglos. Die Verbalnote wurde nicht beantwortet. Ein weiterer Schritt des russischen Botschafters stand bevor, und die Angelegenheit drohte zu einer neuen schweren Belastung der deutsch-russischen Beziehungen zu werden, auf deren Entspannung die Reichsregierung in ihren öffentlichen Reden so viel Wert legt. Nicht zuletzt auch deutsche Wirtschaftskreise haben schließlich sich ins Mittel gelegt. Sie befürchteten, daß jede Hoffnung auf Behebung des Rußens-Geschäfts schwinde, und der Weltmarktfuß gegen deutsche Waren durch den Absicht vor der deutschen Regierungsbarbarei einen neuen Antriebs erhalte.

So wurde der Reichskanzler allmählich mit wirtschaftlichen und außenpolitischen Gründen für die Freilassung gewonnen. Er legte sich durch sein dem „Daily Mail“ gegebenes Interview öffentlich fest, Göring, der nur und höherfüßt blieb, sagte derselben „Daily Mail“ im Gegenteil, Dimitroff bleibe in seiner Gewalt. Schließlich mußte auch der Galgenminister widerspenstig und protestierend sich fügen. Man bestach den feilschenden preussischen Staatsführer, der sich in Denkersantastiken wiegt, durch ein Geschenk an seine immer unbefriedigende Eitelkeit. Da er aber alle ihn erstreckenden Uniformen schon verfügt, machte man ihn am Jahrestage des Reichstagsbrandes zum Ehrenbürger von Berlin und

bestätigte ihm in feierlicher Urkunde, daß er die Reichshauptstadt in jener Brandnacht vor einem kommunistischen Aufstand gerettet habe.

Dieser lächerliche Schwindel, den nur noch eine Kinderheit im Reich und im Ausland niemand glaubt, kann die furchtbare Niederlage Görings nicht verdecken. Ihn, der die Furchtbarkeit des Kommunismus als seine Lebensaufgabe betrachtet, hat ein Kommunist vor der ganzen Welt besiegt. Erst im Gerichtssaal zu Leipzig und nun dadurch, daß er als freier Mann Deutschland verläßt und als Triumphator in Sowjet-Rußland einzieht, von wo er den Völkern der Erde — trotz aller furchtbaren Abspernung auch vielen Deutschen — sagen wird, was er im Reich der Hitler und Göring erlebte.

Wie hat der allmächtige Ministerpräsident Preußens vor dem Reichsgericht, das den wehrlosen Angeklagten vor dem General und dem Minister nicht zu schützen wagte, dem „Gegner“ und „Verbrecher“ den Tod geschworen. An den Wagen sollte Dimitroff, „Warten Sie nur, bis Sie hier herauskommen...“ Er kam herab und besiegte Göring noch einmal, indem er lebend und denkend nun den Boden Rußlands betritt.

Es ist ein persönlicher Sieg des Bulgaren, seiner hohen Geistigkeit und seiner unerhörten Kampfkraft. So hat er gewaltige moralische Kräfte in der ganzen Welt für sich mobilisiert. Bei weitem nicht nur Sozialdemokraten und Kommunisten, gerade auch reaktionäre Mächte setzten sich für Leben und Freiheit Dimitroffs ein. Noch immer gibt es ein Weltgewissen. Auf die Reichsregierung würde es freilich keinen Eindruck gemacht haben. Sie wurde erst gefügig, als schwere wirtschaftliche Nachteile drohten.

Rußland bereitet großartige Ehrungen Dimitroffs vor. Er ist zum Obersten der Roten Armee ernannt und ein Kavallerieregiment ist ihm verliehen worden. Seine Reise durch Sowjet-Rußland wird zu einer Triumphfahrt werden und zu einer kommunistischen Agitation größten Stils. Die Dimitroff-Feiern werden durch den Moskauer Sender verbreitet. Millionen und Abermillionen werden den Mann durch den Kether sprechen hören, dessen Schicksal sie monatelang in Spannung hielt.

Der kleine van der Lubbe ist ermordet, aber der große Dimitroff lebt. Die blinde Rechtsbarbarei des deutschen Rechtsismus hat sich durch ihre eigenen Verbrechen einen Gegner von Weltformat geschaffen. Dimitroff ist für die Hitler und Göring ein Schrecken und für ungezählte Millionen Kampf und Hoffnung auf Sieg.

Moskau, 27. Febr. Die drei Bulgaren Dimitroff, Popoff und Taneff sind am Dienstagabend im Moskauer Flughafen eingetroffen.

## Gottesstreiter Niemöller

### Zum deutschen Kirchenkonflikt

Berlin, 26. Febr. Der Leiter der oppositionellen Notgemeinschaft der evangelischen Pfarrer, Dr. Niemöller, dessen Ablegung von seiner Gemeinde nicht anerkannt worden ist, hat am Sonntag in seiner Kirche in Dahlem den Gottesdienst geleitet. Die Kirche war überfüllt und es waren in ihr viele Uniformen zu sehen. Der Gottesdienst galt besonders den Toten des Weltkrieges. Wegen dieses Charakters des Gottesdienstes wurde nichts von dem sich wieder verschärfenden Konflikt in der evangelischen Kirche gesprochen. Es wird aber zweifellos bei einer passenderen Gelegenheit die Resolution des Gemeindeführerates verlesen werden, in der Dr. Niemöller — entgegen der Order der Kirchenführung — zum Verbleiben in seinem Amte aufgefordert worden ist. In diesem Sonntagsgottesdienst war die Wahl des Textes Römer 8, 39 (Weder Hades noch Tiefes noch keine andere Kreatur mag uns scheiden von der Liebe Gottes, die in Christo Jesu ist, unserm Herrn) bezeichnend. Daneben fiel auf, daß im Kirchengebet in keiner Weise der Führer des Staates gedacht wurde. Diese Tatsache beweist, wie groß jetzt wieder die Spannung in der evangelischen Kirche ist.

Die Haltung von Dr. Niemöller und seiner Gemeinde ist nur ein Exempel von vielen, die jetzt in den verschiedensten Teilen des Reiches zu erleben waren. Die Notgemeinschaft der Pfarrer lebt noch. Die „Freie Synode“, eine Bewegung, die im Rheinland zuerst entstand, hat sich inzwischen auf Pommern ausgedehnt. Dort sind vor kurzem eine Anzahl Pfarrer ihres Amtes enthoben worden, weil sie in der oppositionellen Bewegung eine führende Stellung eingenommen hatten. Eine „Freie Synode“ der fünf reformierten Gemeinden von Pommern fand in Stettin statt. Sie nahm eine Resolution an, die in ihrem Inhalt voll den Erklärungen der rheinischen „Freien Synode“ entspricht.

## Rüstungs-Pessimismus

### Edens schwierige Reise

London, 26. Febr. Ueber das englisch-italienische Abrüstungskompromiß, das zwischen Eden und Mussolini anstehende gekommen sein soll, wird bekannt, daß es sich auf folgende Punkte beschränkt:

1. Aufrechterhaltung des Status quo für die bewaffneten Nationen;
2. Internationale Vereinbarung über die Beseitigung des chemischen Krieges;
3. Vereinbarung über eine wirksame Kontrolle, bei der vor allem Deutschland seinen guten Willen zeigen soll;
4. Besondere Vereinbarungen über die militärischen Organisationen.

Hinsichtlich der Ergebnisse des Besuchs Edens in Berlin wird nun der Pessimismus nicht mehr verheimlicht. Nicht nur die deutsch-französische Kluft ist unüberbrückt, auch zwischen den Engländern und dem deutschen Standpunkt sind große Meinungsverschiedenheiten.

Der Außenpolitiker des „Jour“ schreibt, man sei am kritischen Punkt des Wanders angelangt. Man müsse den Mut haben, nein zu sagen, ohne Angst vor der etwaigen Beschuldigung, daß man die Abrüstung zum Scheitern gebracht haben. — Die Außenpolitikerin des „Deuvre“ rechnet damit, daß die französischen Minister Lord Eden eine Art passiven Widerstandes entgegenzusetzen werden. Sie würden ihm nicht verheimlichen, daß auf jeden Fall die halb-militärischen Verbände, ob kontrolliert oder nicht, ob entworfen oder nicht, in die in Aussicht genommene 300.000-Mann-Wehr einbezogen werden müßten, und daß außerdem Garantien für die Durchführung des geplanten Abkommens zu schaffen seien.

## Holland liefert aus!

Fortsetzung von der 1. Seite.

Trochizen vertraten außerdem Kanada, Australien, die Tschechei und Polen. Nur England war nicht vertreten. Ebenfalls verhaftet wurde ein Dolmetscher, der Schweizer Staatsangehöriger ist. Er ist im Laufe des Sonntags freigelassen worden, da er seit Jahren in Holland wohnt, und nur zur Verdolmetschung engagiert war.

Die geheime Konferenz war durch Spiegel der Polizei verraten worden.

Wir erfahren dazu folgende Einzelheiten:

Die Konferenz hatte gegen 18 Uhr in der bei Varen gelegenen und einem unabhängigen Sozialisten gehörigen Lagerberge „De Toort“ begonnen. Außer den 19 Ausländern nahmen 12 Holländer, Vertreter der Sozialistischen Jugendvereinigungen (OSJ) und des Rev. Jugendbundes (RJB) und ihrer Mutterpartei daran teil. Gegen 21/2 Uhr bemerkte der Besitzer, daß das Haus von Polizei und Gendarmerie umstellt war. Unmittelbar darauf drang die Polizei in das Haus ein. Die Teilnehmer wurden mit dem Ruf „Hände hoch“ in den Garten getrieben und auf Waffen untersucht. Dann wurden die Pässe abgefragt. Außer den Deutschen waren die meisten im Besitz gültiger Pässe, dagegen ohne Verbleibswisum der Fremdenpolizei. In dem

## Deutsche Sorgen

### Das staatsgefährliche „Glückauf“

Vor einiger Zeit wurde von zuständiger Stelle mitgeteilt, daß der deutsche Bergmannsdarleh „Glückauf“ seine Berechtigung behalten solle. In Kreisen der Deutschen Arbeitsfront wird jedoch jetzt hervorgehoben, daß es besonders im Ruhrgebiet heute zu geben scheint, die diese Gelegenheit wahrzunehmen versuchten, um grundsätzlich den „Heil-Hitler“-Gruch zu vermeiden. Es gebe sogar Verwaltungen und Institute, in denen auf Anordnung der Leitung nur „Glückauf“ mit erhobenem rechten Arm begrüßt werde. Als für ein kleiner Hitlerjunge als Laubbirke „Heil Hitler“ grüße, habe er von dem Direktor Ansgemäß zu hören bekommen, er müsse sich wohl oder übel daran gewöhnen, nicht „Heil Hitler“, sondern „Glückauf“ zu grüßen. Soweit sei es gekommen, so schreibt der „Informationsdienst“ der Deutschen Arbeitsfront, daß sich hinter dem schönen Bergmannsdarleh „Glückauf“ reaktionäre Kreise verbergen, denen der Gruch „Heil Hitler“ ein Dorn im Auge sei. Derartige Nachenschaften dienen nicht zur Bereicherung der Wirtschaft, sondern tragen nur in die Belegschaften. Diejenigen aber, die es angehe, möchten bedenken, daß auf die Dauer keiner unachtt den Gruch des deutschen Volkes verunahimsen könne.

### Ein Drittel Berlins hungert

(Anrech.) Das „Berliner Tageblatt“ berichtet, daß allein in Berlin 1.157.000 Familienmitglieder und 165.000 Unverheiratete in den Wägen der Winterhilfe eingetragen sind. Da Berlin nach der Zählung vom Juni 1933 eine Einwohnerzahl von 4,2 Millionen aufwies, die sich seitdem nicht wesentlich verändert hat, so bedeuten die veröffentlichten Winterhilfezahlen, daß rund ein Drittel der hauptstädtischen Bevölkerung vor ausreichenden Mitteln für ihren Lebensunterhalt entbehrt ist.

## Wer ist Herr Theo Habicht?

Wer ist eigentlich dieser vielgenannte Vorkämpfer Dabicht? Darüber geben die beiden „Handbücher“ des Deutschen Reichstages genau Auskunft. Die Angaben in diesen Handbüchern werden von dem betreffenden Abgeordneten selbst gemacht. In beiden Handbüchern (für 1932 und 1933) erzählt Herr Habicht — beidemal übereinstimmend — auf etwa zwanzig Seiten, daß er 1898 in Wiesbaden geboren wurde, 1914 bis 1915 in einer kaufmännischen Lehre war und dann als Kriegsfreiwilliger in das Heer eintrat. Später betätigte er sich journalistisch und politisch als Anhänger Hitlers.

Eine kleine Aenderung in seinen biographischen Notizen ist in den wenigen Schlusszeilen zu bemerken.

1932 schrieb Herr Habicht, der ein Jahr vorher Mitglied des Reichstages geworden war:

„Seit Juli 1931 als Landesinspektor mit der Reorganisation der Partei in Oesterreich betraut.“

1933 aber, nachdem Herr Hitler zum Reichskanzler betraut war, schrieb Herr Habicht:

„1931 von der Reichsleitung der NSDAP mit der Reorganisation der Partei in Oesterreich betraut. Derzeit als Landesinspektor Sonderbeauftragter Adolf Hitlers für das Gebiet der Republik Oesterreich.“

Wer das am 28. Februar ablaufende Ultimatum an Oesterreich gestellt hat, weiß man nun also ganz genau: der Beauftragte des deutschen Reichskanzlers!

## Die Hungermärschler

### Macdonald empfängt sie nicht

TRA, London, 26. Febr. Die Unterhandlungsaussprache über die Forderungen der Teilnehmer am Hungermarsch wurde, wie vorgehen, um 23 Uhr mit der Beratung des Antrags des Arbeitersabgeordneten Buchanan fortgesetzt. Ministerpräsident Macdonald erinnerte daran, daß frühere Regierungen es ebenfalls abgelehnt hätten. Abordnungen von Hungermärschler zu empfangen. Diese Märsche würden von Seiten organisiert, die dafür bekannt seien, daß sie den Versuch machten, verfassungswidrige Propaganda in England zu treiben. Der großen Masse der Arbeitslosen sei viel besser gedient, wenn die Regierung diese Abordnungen nicht anhöre oder empfangen.

Der Antrag Buchanan wurde sodann mit 270 gegen 52 Stimmen abgelehnt.

## Neue Goldverluste der Reichsbank

### 9,9 v. H. Notendeckung

Die Währungsreserve weist in der letzten Woche eine weitere Verminderung um 23 Millionen auf 320 Millionen aus, wobei auf den Goldabgang 20,9 und den Rückgang der Bestände an deckungsfähigen Devisen 2,1 Millionen entfallen. Die Abnahme der Deckungsmittel hält nunmehr bereits seit vier Wochen an und erreicht für diesen Zeitraum eine Summe von 7,3 Millionen.

Der Geldmittelumlauf betrug 5101 Millionen gegen 5027 i. V. und 5094 im Januar d. J. Davon entfielen auf den Notenumlauf 3228,6 Millionen. Die Notendeckung beläuft sich auf 9,9 (10,4) Prozent.

Polizelgebäude von Varen — Varen ist ein kleiner Villenvorort von Amsterdam — fand noch eine eingehende Untersuchung auf Waffen statt.

Die Verhandlungen fanden auf Anweisung des Generalstaatsanwalts van Geuns statt, der von der Konferenz Kenntnis erhalten hatte. Die Aufhebung der Konferenz war sorgfältig vorbereitet. Man hatte sogar die Gendarmerie der Umegend zusammengesogen. Das Stattfinden der Konferenz muß also dem Generalstaatsanwalt schon lange bekannt gewesen sein. Die Verhandlungen fanden auf Grund jenes Rundschreibens des holländischen Justizministeriums statt, das Ausländern strengstens jede politische Betätigung in Holland verbietet, jenes Rundschreibens, das auch schon Anlaß zur strengen Bestrafung des deutschen Romanschriftstellers Heinz Liepmann gab.

## Protest gegen Liepmanns Verhaftung

Paris, 27. Febr. (Anrech.) Wir erfahren, daß das folgende Telegramm an den holländischen Justizminister abgeschickt worden ist: „Der Schriftverband Deutscher Schriftsteller protestiert gegen die willkürliche Verhaftung des Kollegen Liepmann und erwartet, daß das Heimatland Multatuli den Diller-Denkern keine Dankesdienste leistet.“ Liepmann wurde bekanntlich in Holland wegen „Beleidigung“ Hindenburgs zu einem Monat Gefängnis verurteilt.

## Das Neueste

Nach einer Verordnung der österreichischen Bundesregierung kann das Bundeskanzleramt aus Gründen der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit Personen, die in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis stehen, ihres Dienstes entheben. Die Bezüge der Entbundenen können in diesem Fall bis auf zwei Drittel herabgesetzt werden. Die gleichen Bestimmungen gelten für das privatrechtliche Dienstverhältnis jener Personen, deren Dienstgeber öffentlich-rechtliche Körperschaften oder öffentliche Fonds sind, die von öffentlich-rechtlichen Körperschaften verwaltet werden. Ausdrücklich wird in der Verordnung darauf hingewiesen, daß auch die österreichischen Bundesbahnen dazu gehören.

Die militärischen Operationen in Marokko haben lebhaften Protest der sozialistischen und kommunistischen Presse hervorgerufen. Ingesamt sollen 11.000 Quadratkilometer nicht unterworfenen Gebietes im äußersten Südwesten belagert werden. In diesem Zweck sind 30.000 Mann eingeborene Schützen eingesetzt worden, deren Vorkampf durch eingeborene Gildtruppen, durch Artillerie, Pioniere und Fliegerabteilungen unterstützt wird.

Der französische Ministerrat, der am Dienstag spät abends unerwartet einberufen wurde, beschloß sich in einstündiger Beratung mit dem Stavisin-Standal und schließlich die Amtsenthebung des Generalstaatsanwalts Preßard.

Der französische Senat hat den Artikel des Haushaltsplanes, durch den die Regierung ermächtigt wird, auf dem Verordnungsweg alle erforderlichen Einsparungen zu machen, angenommen und der Regierung das Vertrauen ausgesprochen.

In einer Fabrik für Feuerwerkskörper von Tschines (Departement Ners) ereignete sich bei elektrischen Roharbeiten eine Explosion, durch die der leitende Ingenieur und sieben Arbeiter schwer verletzt wurden.

Der 13jährige deutsche Schüler Kurt Wastling wurde in Riga auf der Straße von einem 10jährigen lettischen Schüler erlöchen, angeblich weil er ein deutsches Lied vor sich hin sang.

Ueber die neuen Methoden der amerikanischen Handelspolitik sind Einzelheiten bekannt geworden. Danach plant Roosevelt eine Herabsetzung der Schutzzölle für Industriemaren, damit das Ausland, das amerikanische Farmerzeugnisse kauft, Industriemaren in Amerika einführen kann. Hierdurch sollen die Preise der amerikanischen Landwirtschaftserzeugnisse erhöht werden.

Die Pariser Autodroschenfahrer streiken noch immer. Die Disziplin hat sich allerdings gelockert. Eine ganze Reihe von Autodroschen war wieder im Pariser Straßenbild zu sehen. Die Streikenden sind über diesen Abfall anherberdend erbittert. Fast täglich kommt es zu kleineren Zusammenstößen, die manchmal zu blutigen Schlägereien ausarten.

In Strahburg wurde eine von kommunistischer und sozialistischer Seite einberufene Freidenkerversammlung von rechtschickenden Besuchern gesprengt. Es kam zu lebhaften Zusammenstößen, bei denen mehrere Teilnehmer verletzt wurden. Polizei griff ein und ließ den Saal räumen.

Die Möglichkeit einer Umbildung des britischen Kabinetts wird nach wie vor in der Presse erörtert; doch geht aus nachstehenden Aeußerungen hervor, daß eine Reuebelegung wichtiger Ministerposten frühestens im Mai erfolgen wird. In der „Daily Mail“ heißt es, daß dem Premierminister die Schaffung eines Propagandaministeriums nahegelegt worden sei.

## Schneesturm in England

TRA, London, 26. Febr. Weiße englische Gebietsteile erlebten am Dienstag schwere Schneefälle. In Hull sollen mehr als eine Million Tonnen Schnee gefallen sein. 600 Telefonröhre wurden abgerissen. An der Nordküste Englands herrschte ein schwerer Schneesturm mit einer Windstärke von 100 km/h. Im Hafen von Scarborough wurden Schiffe von ihrer Verankerung losgerissen. In Bridlington schlug ein großer Augenblick ins Wasser. Darauf folgte ein heftiger Donnererschlag und ein schwerer Hagelsturm.

## Grauenhafte Bluttat

### Weil sie sich von ihm trennen wollte

TRA, Dresden, 26. Febr. Eine schwere Bluttat wurde am Dienstag in der Ballhofstraße verübt. Dort hatte die 32 Jahre alte geschiedene Laborantin Erdmann eine Wohnung inne, die sie mit dem 31jährigen Psychoanalytiker Artur Hillmann teilte. Wegen verschiedener Streitigkeiten wollte sie sich von Hillmann trennen und am Dienstag ihre Sachen aus der Wohnung holen. Zu ihrem Schutze hatte sie sich einen Bekannten mitgebracht. Es kam zu einer heftigen Auseinandersetzung mit Hillmann, der der Frau die Kehle durchzuschneiden versuchte. Als der Bekannte der Frau zu Hilfe kam, wandte sich Hillmann gegen ihn und brachte ihm schwere Stichverletzungen am Arm, Brust und Rücken bei. Es gelang der Frau und ihrem Beistand, aus der Wohnung zu flüchten. Während der Auseinandersetzung hatte das vierjährige Söhnchen Herbert des Hillmann die Wohnung betreten. Als die Polizei eintraf, fand sie das Kind mit durchschnittenen Kehle. Der 31jährige Psychoanalytiker Artur Hillmann wurde tot aufgefunden. Hillmann hatte sich schwere Stichverletzungen zugebracht und den Gasbahn aufgedreht. Die Verletzten wurden dem Krankenhaus angeführt.

# Saarländer - vogelfrei?

## Wieder eine Verhaftung im „dritten Reich“

Wie die „Volkstimme“ erfährt, ist am Mittwoch vergangener Woche, also bereits vor acht Tagen, wiederum ein Saarländer im „dritten Reich“ verhaftet worden. Es handelt sich um den 37 Jahre alten erwerbslosen Elektriker Theodor Sehn aus Püttlingen. Sehn ist in Gießenbach geboren und nach Püttlingen verheiratet.

Die „Volkstimme“ erfährt zu der Angelegenheit aus Püttlingen noch folgende Einzelheiten:

Sehn fuhr am vergangenen Mittwoch mit einem Saarbrücker Expediteur nach Worms, um dort die Möbel eines ihm befreundeten Kollegen helfen aufzuladen. Da Sehn erwerbslos ist, tat er seinem Kollegen diesen Gefallen, zumal sich der Preis des Transportes dadurch erheblich niedriger gestaltete. In Worms angekommen, begannen sie sofort mit dem Ausladen der Möbel. Während des Ausladens erschien ein S.A.-Führer in Uniform und verlangte die Pässe des Chauffeurs und des Sehn. Er sagte darauf, daß sie, wenn sie fertig aufgeladen hätten, zur Polizei kommen sollten. Nachdem sie den Wagen fertig geladen hatten, begaben sich Sehn und der Chauffeur zur Polizei. Dort wollte man beide behalten. Der Chauffeur erhob jedoch gegen diese Festnahme Widerspruch und machte die Polizei auf die Folgen aufmerksam, die dadurch entstehen würden, wenn man ihn grundlos festnehmen würde. Darauf ließ man den Chauffeur frei.

Selbstverständlich hat auch Sehn gegen seine Festnahme protestiert, jedoch ohne Erfolg. Es wurde ihm gesagt, er sei schwerer Kommunist und müßte da bleiben.

Seither hat man von ihm nichts mehr vernommen. Soweit der Fallbestand.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß auch diese Verhaftung wieder auf Benachrichtigung der deutschen Polizei durch saarländische Nationalsozialisten zurückzuführen ist. Wie wäre es sonst möglich, daß sich die reichsdeutsche Polizei in Worms des Auspruchs bedient hätte, Sehn sei schwerer Kommunist.

Es wäre nach all diesen Erfahrungen endlich an der Zeit, wenn der Völkerverbund gegen einen derartigen Unfug und die willkürliche Verhaftung von Saarländern, für deren Leben und Freiheit er die Verantwortung übernommen hat, energisch Front machen und die notwendigen Schritte unternehmen würde.

Das Dreierkomitee des Rates aber, das die Vorbereitungen für die Erfüllung des Versailler Vertrages an der Saar prüfen soll, gestatten wir uns, auf folgende Gesichtspunkte, die sich aus dieser erneuten Verhaftung ergeben, aufmerksam zu machen:

1. Die willkürliche Verhaftung von nichtgleichgeschalteten Saarländern, sobald sie reichsdeutschen Boden betreten, stellt einen unerhörten Druck auf die freie Meinungsbildung der Saarländer in Bezug auf die Abstimmung dar. Mit dem gleichen Rechte könnte Frankreich auf seinem Territorium alle die Saarländer verhaften, die zu erkennen geben, daß sie nicht für Frankreich stimmen wollen. Während aber solche Fälle von der französischen Seite bisher sich nicht ereignet haben, sind sie von der nationalsozialistischen deutschen Seite her sogar an der Tagesordnung.

2. Diese zweifelloso von den höchsten Reichsstellen gebilligten individuellen Terrorakte gegen solche Saarländer, von denen man annimmt, daß sie nicht für Hitler stimmen werden, sind zugleich ein schändlicher Einschüchterungsversuch, durch den schon jetzt den nichtgleichgeschalteten Saarländern mit Verhaftungen usw. gedroht werden soll, welche Maßnahme man an ihnen nehmen wird, falls sie sich weiterhin gegen Hitler und für ihre freie Uebersetzung betätigen.

3. Solche Vorkommnisse beweisen aber zugleich, was alle die Saarländer, die von ihrem im Versailler Vertrage festgelegten Rechte einen anderen Gebrauch machen, als es der augenblicklichen Reichsregierung gefällt, erwarten würde, falls die Saar unter hitlerdeutsche Gewalt käme.

4. Solche Vorkommnisse stellen zweifelloso eine flagrant Verletzung des Versailler Vertrages und des Saarkompromisses dar, und zeigen zugleich, mit welchen Terrormitteln der Nationalsozialismus die Freiheit, die Geheimhaltung und die Unbeeinträchtbarkeit der Abstimmung zu sabotieren versucht.

# Terror gegen Arbeiter

## So wird es gemacht

Saarbrücken, 28. Februar.

In der Reunfirchener Hütte, deren Aktienmehrheit im hitlerdeutschen Besitz der Stumm und Otto Wolff ist, wurden die Arbeiter einzeln ins Meisterbüro berufen und dort wurden ihnen Aufnahmescheine für die sogenannte „deutsche Front“ vorgelegt. Dabei wurde an sie die Frage gestellt, ob sie bereits Mitglied der „deutschen Front“ seien oder nicht, und außerdem wurden sie gefragt, ob sie einer freigewerkschaftlichen Organisation angehörten. Sie wurden aufgefordert, den Aufnahmeschein auszufüllen und mit der Aufnahmegebühr abzuliefern. An einen anderen Teil der Arbeiterschaft wurden diese Aufnahmescheine durch die Betriebsleiter im Werk persönlich verteilt.

Damit wurde jedem Arbeitnehmer der Reunfirchener Hütte erneut ganz deutlich und durch den Wink mit dem Zaunpfahl beigebracht, was es bedeute, wenn er auch weiterhin Mitglied einer freien Gewerkschaft bleibe und sich nicht der sogenannten „deutschen Front“ anschließe.

Wie der „Volkstimme“ aus Reunfirchen mitgeteilt wird, hat einer der Verteiler der Aufnahmescheine erklärt, es handele sich darum, sämtliche Arbeitnehmer in die sogenannte „deutsche Front“ hineinzubringen, um damit zu bekunden, daß sie für die sofortige Rückgliederung an Hitlerdeutschland eintreten.

Der Zweck dieser Unterschriftenaktion sei der, zu beweisen, daß eine Abstimmung unnötig sei und daß das Saargebiet ohne Abstimmung an Hitlerdeutschland zurückgegeben werden müsse.

Und unter solchen Umständen, unter solchen Methoden vollzieht sich heute an der Saar die Vorbereitung der sogenannten Volksabstimmung, die dadurch immer mehr zu einer Farce und zum Geanteile einer wahren Befragung der Volksmeinung an der Saar zu werden droht!

# Kriegsopfer werden beraubt

## Angehörige „staatsfeindlicher Parteien“ dürfen verhungern . . .

Berlin, 27. Febr. Die Reichsregierung hat folgendes Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

### „Artikel 1“

1. § 18 des Gesetzes über den Ersatz der durch den Krieg verursachten Personenschäden in der Fassung vom 22. Dezember 1927 (RGBl. I, S. 515) erhält folgenden Absatz 2:

Keinen Anspruch auf Versorgung nach den Vorschriften des Absatzes 1 begründen Gesundheitsschädigungen, die jemand als Angehöriger einer staatsfeindlichen Partei oder ihrer Hilfs- oder Erlagorganisationen oder bei der Förderung der Bestrebungen einer staatsfeindlichen Partei im Zusammenhang mit inneren Unruhen erlitten hat. Der Reichsarbeitsminister bestimmt im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Innern, welche Parteien als staatsfeindlich im Sinne dieser Vorschrift zu gelten haben und welche Organisationen als Hilfs- oder Erlagorganisationen dieser Parteien anzusehen sind.

### 2. Die Absätze 2 und 3 des § 18 werden Absatz 3 und 4. „Artikel 2“

Eine auf Grund des § 18 des Kriegspersonenschädengesetzes anerkannte Versorgung kann entzogen werden, wenn der Beschädigte im Zeitpunkt der Beschädigung Angehöriger einer staatsfeindlichen Partei oder ihrer Hilfs- oder Erlagorganisationen war, oder wenn er die Beschädigung bei der Förderung der Bestrebungen einer staatsfeindlichen Partei im Zusammenhang mit inneren Unruhen erlitten hat. Die Entscheidung trifft der Reichsarbeitsminister; sie ist für die Gerichte bindend.

In der Begründung des Gesetzes wird noch darauf hingewiesen, daß für § 18 die Zulassung einer Ausnahme nicht notwendig erscheint, da in solchen Fällen, die bei den bereits bei den Versorgungs- oder Spruchbehörden anhängigen Sachen vorkommen können, die Bewilligung einer Versorgung durch Härteausgleich möglich ist.

Soweit die Entziehung der Entschädigung in Betracht kommt, soll sie von den Verhältnissen des Einzelfalles abhängig gemacht werden. Auch darüber entscheidet der Reichsarbeitsminister.

Dieses ungeheuerliche Vorgehen der Reichsregierung bedeutet, daß einer großen Anzahl von Kriegsopfern die Renten geraubt werden sollen. Wen die Herrschaften unter „staatsfeindlicher Partei“ verstehen, ist bei ihrer Einstellung ja bekannt. Praktisch heißt es, daß man jedem Kriegsopfer, das nicht zur Razzibewegung gehört, die Rente streichen bzw. kürzen kann. Die Rausch-Bestimmungen werden von dem Reichsarbeitsminister ausgelegt. Die Einschaltung, daß die Angehörigen „staatsfeindlicher Parteien“, wenn sie im Zeitpunkt der Beschädigung einer solchen Partei oder auch nur der Hilfs- oder Erlagorganisation angehören, die Rente gekürzt bzw. geraubt bekommen sollen, bedeutet, daß der Willkür Tür und Tor geöffnet ist; denn nach der Razzibewegung waren alle Angehörigen von Parteien mit Ausnahme der ihren, und die gab es während des Weltkrieges nicht, „staatsfeindlich“.

# Ein Gipfel

## „Nationale“ Kämpfer sind versorgungsberechtigt

Aber nicht weniger bezeichnend ist ein gleichzeitig erlassenes besonderes „Gesetz über die Versorgung der Kämpfer für die nationale Erhebung“. Es sieht vor, daß Angehörige der NSDAP, und des Stahlhelms sowie ihrer Gliederungen auf Antrag wegen der die

# Scheringer festgenommen?

## Angeblich in einem Kino

Nach einer Meldung des nationalsozialistischen Parteiorgans „Frankische Tageszeitung“ haben am Samstagabend zwei Leute des S.A.-Rahndungsdienstes im hiesigen Lichtspieltheater Ufa-Palast einen Unbekannten, als er sich beim Gesang des Dorn-Roseliedes unauffällig entfernen wollte, festgenommen. Bei Feststellung seiner Personallisten und seiner Durchsuchung habe es sich herausgestellt, daß der Festgenommene der aus dem Reichswehrprozeß bekannte Leutnant Scheringer sei und daß er sich noch immer im Dienste seiner alten Auftraggeber, der RPD, befindet.

# Todesurteile gegen Jugendliche

## 21jährig und 19jährig

DRN, Leipzig, 28. Febr. Das Reichsgericht verwarf am Dienstag die von der 21jährigen Hausangestellten Margarete Groß gegen das Urteil des Schwurgerichts Königsberg i. Pr. vom 25. 12. 1938 eingelegte Revision als unbegründet. Damit ist die Angeklagte wegen Mordes rechtskräftig zum Tode unter Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebenszeit verurteilt. Sie hatte am 5. September v. J. ihr zweites uneheliches Kind zwei Wochen nach der Geburt in einem Sumpf ertränkt und drei Tage später ihre Verlobung gefeiert.

DRN, Leipzig, 21. Febr. Unter Verwerfung der vom Angeklagten eingelegten Revision bestätigte das Reichsgericht am Dienstag das am 5. Oktober v. J. ergangene Urteil des Schwurgerichts Frankfurt a. M. durch das der Angeklagte Reittinger wegen Ermordung des S.A.-Mannes Handwerk sowie wegen schweren Landfriedensbruchs und Mordversuches in drei Fällen zum Tode, außerdem Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte und zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt worden war.

Der damals 19jährige Angeklagte Reittinger hatte sich als Mitglied einer kommunistischen Terrorgruppe führend an Überfällen auf Nationalsozialisten beteiligt. Am 24. Juni 1933 verlor er durch Schüsse einen S.S.-Mann sowie einen Kommunisten, den er wegen seiner schweren Kleidung irrtümlich für einen S.S.-Mann hielt. Weiter beteiligte sich Reittinger am 4. Juli an dem Feuerüberfall auf die aus einer nationalsozialistischen Versammlung zurückkehrenden drei Brüder Handwerk, von denen der eine durch die wohlgezielten Schüsse Reittingers getötet und ein zweiter verletzt wurde.

Gesundheitsschädigenden Folgen von Körperverletzungen, die sie während der Zugehörigkeit zur NSDAP, zum Stahlhelm oder ihren Gliederungen vor dem 18. November 1933 im Zusammenhang mit dem politischen Kampf für die nationale Erhebung erlitten haben, unter entsprechender Anwendung der Vorschriften des Reichsversorgungsgesetzes

### Versorgung erhalten.

Das gleiche gilt für ihre Hinterbliebenen. Die Vorschriften finden auch Anwendung auf frühere Angehörige der NSDAP, und des Stahlhelms sowie ihrer Gliederungen, ferner auf Angehörige inzwischen aufgelöster nationaler Verbände und ihre Hinterbliebenen. Die Rente eines Geschädigten beträgt 30 v. H. der nach dem Reichsversorgungsgesetz zu gewährenden Gehaltsrente, wenn er das 14. Lebensjahr noch nicht vollendet hat und wenn dem Unterhaltspflichtigen infolge der Gesundheitsschädigung besondere Aufwendungen erwachsen, 30 v. H., wenn er das 14. Lebensjahr vollendet hat, 60 v. H., wenn er das 15. Lebensjahr vollendet hat, 80 v. H., wenn er das 16. Lebensjahr vollendet hat und 100 v. H., wenn er das 17. Lebensjahr vollendet hat. An die Stelle der im Reichsversorgungsgesetz vorgezeichneten Militärrenten tritt bei dieser Verordnung der Zeitpunkt der Beschädigung, Hinterbliebenen von Personen, die infolge einer Beschädigung gestorben sind.

### Recht Sterbegeld zu.

auch wenn der Verstorbene nicht Rentempfänger gewesen ist. Auf die nach diesem Gesetz Versorgungsberechtigten finden die Vorschriften des Gesetzes über die Beschäftigung Schwerkrigsgeschädigter entsprechend Anwendung.

Man überlege die Konsequenz dieses ungeheuerlichen Gesetzes. Jeder „nationale“ Kämpfer, der als Mitglied von Volkstempeln bei der Attacke auf „Staatsfeinde“ zu Schaden kam, ist entschädigungs- und versorgungsberechtigt. Er wird besser gestellt als der angeblich staatsfeindliche Kriegsbeschädigte, dem man nach dem neuen Gesetz mit seinen Hinterbliebenen die Renten vollkommen streichen kann. Die Teilnahme an „politischen Kämpfen“ brachte also Ehrenlohn und Ehrenrente. Wer wird sich da nicht an der Mitwirkung an „politischen Kämpfen“, an Überfällen, Missetatungen und Sturmangriffen auf Vogelfreie reihen! Die dürfen nachher noch froh sein, wenn sie nicht den Richtern des „dritten Reichs“ ausgeliefert werden.

Versteht sich, daß die Versorgung aus den Mitteln der Allgemeinheit erfolgt. Sie ist dazu da, das Soldatenverbot des totalen Staats am Leben und bei Renten zu erhalten, sobald die braunen Bonzen gesättigt sind.

### Aus der Begründung:

„Die siegreiche Durchsetzung der von der NSDAP vertretenen Weltanschauung und die Niederringung der kommunistischen Gefahr wäre nicht möglich gewesen, wenn nicht die politischen Kämpfer der NSDAP sich rücksichtslos für dieses Ziel eingesetzt hätten. Das deutsche Volk schuldet ihnen für ihre heroischen Leistungen in gleicher Weise Dank und Anerkennung wie den Volksgenossen, die im Kriege Gesundheit und Leben für das Vaterland geopfert haben.“ — Im einzelnen wird bemerkt, daß der Entwurf die Versorgung nur für die Vergangenenbesten vorzies, denn er hat lediglich die Versorgung der Kämpfer für die nationale Erhebung und ihrer Hinterbliebenen sicherzustellen. Dieser Kampf ist aber nunmehr abgeschlossen. Als Zeitpunkt der Beendigung ist der 12. November 1933 deshalb festgesetzt worden, weil das deutsche Volk an diesem Tage durch seine Abstimmung einstimmig bekräftigt hat, daß die Politik der nationalen Regierung seinem Willen entspricht.

# Entmannung von Sittlichkeitsverbrechern

DRN, Berlin, 28. Febr. Die 2. Große Strafkammer hat am Dienstag im Nachverfahren die Entmannung von zwei bereits mehrfach wegen Vergehens an Sittlichkeit unter 14 Jahren verurteilten Sittlichkeitsverbrechern angeordnet. Es handelt sich um den 66jährigen August Meißel, der dreimal wegen Sittlichkeitsvergehens verurteilt ist, und um den 27 Jahre alten Willi Arlt.

# Auslese nach „Führerprinzip“

(Inprek.) Von dem NS-Wohlfahrtspfleger Wegner in Berlin-Oberschöneweide wurden 25000 Mark Winterhilfsgelder unterschlagen. Sämtliche 17 Leiter des Wohlfahrtsamtes in der Luisenstraße wurden verhaftet.

(Inprek.) In Essen wurden die S.A.-Führer Hans Brode, Mechanikermeister Dirrads und Eisenbahnkassierer Pieweck wegen Untreue, Unterschlagung, Betrug und Diebstahl verhaftet. Sie hatten Patenschaftsgelder und Spenden unterschlagen.

(Inprek.) In Dortmund hatte das Mitglied der NSDAP, Carl Upphoff Patenschaftsgelder unterschlagen. Als zwei S.S.-Männer ihn verhaften wollten, schoß er auf sie.

# Sozialismus der Tat?

Die deutschen Gemeinden, die im vorfaschistischen Deutschland ihre ganze Kraft der Wohlfahrt zugewandt hatten, sind von Adolf Hitler vor neue größere Aufgaben gestellt worden. So hat der Deutsche Gemeindevorstand kürzlich durch eine Umfrage festgestellt, welche Maßnahmen zur Bekämpfung des Bettelwesens sich in den Städten als besonders wirksam erwiesen haben. Dabei konnte ein voller Erfolg der von der Reichsregierung angeregten Aktion ermittelt werden.

Als besonders wirksam haben sich die Razzien gegen Bettler erwiesen, die von der Polizei vielfach gemeinsam mit S.S. und S.A. durchgeführt worden sind. So ist in München an einem bestimmten Sonntag durch Einsatz aller verfügbaren Volksgewalt eine Sittierung der Bettler in weitestem Umfange erfolgt.

Wegen die Bettler ist mit Schutzhaft und Strafanzüge eingeschritten worden. Wer wagt es, noch daran zu zweifeln, daß der „deutsche Sozialismus“ marschiert!

# Neuer Raub am Arbeitervermögen

Auf Grund der Reichsgerichte über die Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens wurden durch Beschlagnahme gestohlen: sämtliche der Arbeiter-Turn-Verlag AG, in Leipzig geborenen Grundstücke, Sachen und Rechte; der dem Turnverein e. V. Leipzig zustehende Anteil an einem Grundstück; das dem Arbeiter-Turnverein Vorwärts e. V. in Buchholz geborende Grundstück.

# Wie wird den emigrierten Intellektuellen geholfen?

## Ein Beispiel! Das Genfer Komitee für Arbeitsvermittlung an geflüchtete geistige Arbeiter

(Von unserem Genfer Vertreter)

Der gewaltige Dambruch der Zivilisation, den die Aufrechterhaltung der nackten Barbarei in Deutschland hervorgerufen hat, ließ eine Springflut von Flüchtlingen über Europa gehen, deren Not zunächst mit dem für alle gleichen Mittel der primitivsten Unterstützung gesteuert werden mußte. Nach kurzer Zeit jedoch begannen ordnende Kräfte sich geltend zu machen. Bestehende Organisationen übernahmen für dauernde Lösungen der allgemeinen Hilfsaufgabe die Sorge um besondere Berufsgruppen des enormen Flüchtlingsheeres, neue Organisationen wurden zu diesem Zwecke gegründet. Endlich schuf der Völkerbund das Flüchtlingskommissariat in Lausanne, das aber die Arbeit der individuellen Unterbringung völlig den privaten Organisationen überläßt.

Ein solches Teilproblem der Flüchtlingshilfe ist die Arbeitsbeschaffung für eine der größten Gruppen von Flüchtlingen, nämlich der geistigen Arbeiter, die wiederum je als Universitätslehrkräfte, Studenten oder Angehörige freier Berufe unterschiedliche Aufnahmebedingungen in der Fremde vorfinden. Trotz der lähmenden Wirtschaftskrise wurde ein kleiner Teil besonders hervorragender Wissenschaftler rasch in neue Wirkungskreise berufen, indessen blieb das schwere Problem der Unterbringung der großen Masse von Kräften, die naturgemäß von den entsprechenden Schichten aller Länder als unliebsame Konkurrenz empfunden werden muß. Es liegt in der Natur der freien Berufe, daß gerade ihre Vertreter im Flüchtlingsheer besonders schwierig zu neuen Existenzmöglichkeiten kommen können. Um ihnen in erster Linie die Mittel zu geben und die Wege zu neuen Existenzen zu öffnen, wurde im Mai 1933 von führenden Staatsmännern und Frauen, wie Lord Cecil, Benesch, Madariaga und Mrs. Corbett-Abbey in Genf das „Comité international pour le placement des intellectuels émigrés“ gegründet. Zum Präsidenten wurde Nicolas Politis, der griechische Vorkämpfer in Paris, und zum Vizepräsidenten Professor William Rappard, Direktor des Instituts Universitaires des Hautes Etudes Internationales gewählt. Das Komitee hat in den verschiedenen Ländern Zweigstellen, von denen z. B. die in Paris unter der erfolgreichen Leitung von Mme. Davasseux steht. Mit dem Hohen Kommissariat in Lausanne arbeitet das Komitee eng zusammen, d. h. der Hohe Kommissar und sein Büro verschlingen rund 300 000 Schweizer Franken an Gehältern und Verwaltungskosten pro Jahr und tun effektiv nichts, während die privaten Komitees fast keine Verwaltungskosten haben und alle Arbeit allein machen! Ohne Unterscheidung von Geschlecht, Nationalität, Religion, Rasse oder Meinung arbeitet das ständige Büro des Komitees nach dem System der individuellen Vermittlung von Fall zu Fall, das sich als einzig dem Wesen der freien Berufe entsprechend erwiesen hat.

Der gute Erfolg der persönlichen Methode zeigt sich deutlich im bisherigen Ergebnis der Arbeit des Komitees nach dem Bericht bis 1. Dezember 1933.

Normale Stellungen sind durch die Krise und gesellschaftliche Abperrungen sehr schwer zu erreichen. Aber dennoch waren am 1. Dezember 1933 insgesamt 67 Männer und Frauen in normalen, bezahlten Stellungen untergebracht, während 324 Stellungen noch in Unterhandlung sind. 35 Flüchtlingen konnten „au-pair“-Stellungen verschafft werden, d. h. Stellungen mit freiem Logis, Kost und etwas Taschengeld. Ein Appell an Schulen und Settlements oder sonstige soziale Einrichtungen in England ist ergangen, ohne daß sich seine Auswirkung schon jetzt übersehen ließe.

Eine besonders wirkungsvolle Maßnahme des Komitees, die natürlich nur zeitlich begrenzt bleiben kann, ist die Schaffung neuer Arbeitsmöglichkeiten. Sie wurden dadurch erreicht, daß Institute aller Art zur Neueinstellung bewegen werden konnten, wobei das Komitee die Unterhaltskosten für die Kandidaten übernahm. 36 solcher Stellen konnten bis 1. Dezember geschaffen werden, für weitere 73 laufen noch Verhandlungen. In 6 Sonderfällen hat das Komitee Stipendien vergeben, um Flüchtlingen die Vollenendung wissenschaftlicher oder literarischer Spezialarbeiten zu ermöglichen.

Es versteht sich von selbst, daß die bisherige Zeit des Bestehens dem Komitee vordringlich die Aufgabe der Organisation aller Arbeit, die Aufnahme von Verbindungen mit Komitees in der ganzen Welt und der Schaffung eines Netzes von Korrespondenten und Beziehungen stellte, die erst in diesem Jahre ihre volle Auswirkung haben können. So kann natürlich das rein summarische Ergebnis nicht für sich allein beurteilt werden. Das gilt besonders von einem der wichtigsten schöpferischen Zweige der Komitee-Arbeit, nämlich der Gründung neuer Einrichtungen, die Flüchtlingen dauernde Arbeit geben können. Solche neuen Einrichtungen vermeiden jede Konkurrenz für Inländer des Aufnahmelandes und geben neben den Flüchtlingen auch noch Inländern Arbeit. Hinzuzufügen bleiben noch die Fälle der Umschulung in andere Berufe und die zahlreichen Vermittlungen für Leute, die eine berufliche oder geschäftliche Verbindung mit eigenen Mitteln suchten.

Kann sich das Werk des Komitees trotz der geschilderten schwierigen Umstände bei relativ so kurzer Zeit mit berechtigter Genugtuung sehen lassen, so interessiert die Flüchtlinge selbst und die gesamte Öffentlichkeit gewiß nicht weniger die kommende Arbeit. Mit dem Bekanntwerden des Komitees als Vermittlungsstelle für hochqualifizierte Arbeitskräfte mehren sich auch die Nachfragen. Neben der eigenen Initiative ist es diesem Umstände weitgehend zu verdanken, daß für normale und „au-pair“-Stellungen in Kürze eine Reihe von Erfolgen zu erwarten sind. Das Komitee steht in ausfichtreichen Verhandlungen für 10 Sozialwissenschaftler in Südafrika, 45 Chemiker und Ingenieure in Argentinien, 20 Ärzte in Siam, 38 Lehrer und Erzieherinnen in Indien, 7 Missionsärzte in verschiedenen britischen Dominien, 25 weib-

liche Lehrkräfte in den USA, und eine Anzahl Tierärzte in China. Zahlreiche neue Stipendienstellungen könnten in kürzester Zeit verwirklicht werden, wenn das Komitee über seine erheblichen laufenden Verpflichtungen hinaus die nötigen zusätzlichen Mittel hätte. Für jeden geschaffenen Platz müssen rund 2400 Schw. Fr. im Jahre 1934 gerechnet werden. Wäre das nötige Geld vorhanden, dann könnten von den 2000 Fällen, die das Komitee in Behandlung hat, Zug um Zug 600 in Arbeit und Brot gebracht werden. Der Vorrat für 1934 an Ausgaben allein für laufende oder sofort realisierbare Fälle die stattliche Summe von 281 550 Schw. Franken vor und erwähnt ferner die Notwendigkeit der Beschaffung von 88 700 Schw. Fr. für sofort beschreibbare Posten, für die noch keine Deckung vorhanden ist.

In ihrer unbarmherzigen materiellen und seelischen Not mag vielen Flüchtlingen die Bilanz dieser Arbeit gering erscheinen. Durchgängig erleben sie die heroischen Kämpferinnen und Kämpfer der gesamten privaten Flüchtlingsfürsorge bei allen Gruppen von Flüchtlingen die Auffassung, daß sie ein Recht auf diese Hilfe hätten. Neben viel Mißbrauch, den die allmählich eingespielte Kontrolle aller Komitees fast ganz ausgeschaltet hat, findet sich weiter in vielen Fällen ein passives Abwarten auf den Augenblick, in dem ein Ruf des Komitees in fertige Verhältnisse einweisen soll. Gegen diese Auffassungen kann nicht energisch genug im Interesse der Flüchtlinge selbst Front gemacht werden. Alle Geldmittel dieser Riesensache und sie selbst sind freiwillige Opfer von Privatpersonen. Freiwillig aber müde und ohne jedes Anspruchsrecht sind auch die Zuwendungen und Einweisungen. Freiwillig aber müde und stolz in der Überwindung des Unglückes, der sie vertrieb, die Mißhilfe und das Vertrauen der Flüchtlinge selbst sein!

## Die Toten reden

### Ein illegales Flugblatt

Paris, 28. Febr. (Nupress): Die Pariser Zeitschrift „Actuelle“ veröffentlicht eine Reportage „Das unterirdische Deutschland“. Aus dem Abschnitt „Die Toten reden auf“ entnehmen wir:

Ich sah in der Straßenbahn, ein Arbeiter neben mir. Er stieg früher aus. Auf dem freien Platz fand ich ein kleines, zusammengeklapptes Blatt Papier. Es war mit der Maschine geschrieben. Erst zu Hause las ich es. Von den zahlreichen illegalen Flugblättern, die heute in Deutschland auf geheimnisvollen Wegen zirkulieren, ist dieses Flugblatt sicherlich das eindrucksvollste.

Zwei in R. zum Tode verurteilte Antifaschisten haben diesen Brief kurz vor ihrer Hinrichtung geschrieben und einem guten Freund beim Abschied mit folgendem letzten Wunsch übergeben: Schreibe diesen Kettenbrief, wenn Du ein Freund des Volkes bist, viermal ab. Verteile Deine Schrift und schreibe mit der Maschine. Ende ihn an vier Personen in der Stadt, auf dem Lande mit der Post, doch benutze nicht Deine Postkarte. Bedenke, daß 4 wird 16, 16, 16, 16 usw. bis 2 191 901, bis 16 Millionen, wenn alle ihre Pflicht tun.

Verfände und verbreite unter letztes Vermächtnis: Sie konnten uns morden, doch der Kommunismus lebt. Schließt Euch zusammen! Unterwühlt das Dritte Reich! Duldet nicht länger, daß die Armen aus tausend Bänden bluten und alle Opfer tragen. Rächt unsere Tod! Wir haben im Vertrauen auf Euch, unsere Brüder. Lebt wohl. Mit diesem Brief kämpfen wir in Euren Reihen weiter.

## Politik im Schnee

Vier Wochen lang währte das mohammedanische Rhamadan-fest. Tag und Nacht, geschloffen nur des Nachts.

Und vier Wochen lang sprach die nationalistische arabische Presse davon, daß man nach Ablauf des Festes, am 16. Januar, den Engländern und den Juden mal wieder arabisch geben werde — mit einer Demonstration. Die Parolen, unter denen marschiert werden sollte, waren die alten: Beschränkung der jüdischen Einwanderung; kein Landverkauf an Juden.

Man war gespannt. Wird die für Jerusalem und alle andern Städte Palästinas angesagte Demonstration stattfinden — legal oder illegal? Wird wieder Blut stehen — wie in Jerusalem am 13., in Jaffa am 27., in Haifa am 28., in Jerusalem am 29. Oktober? Die Kämpfe, die in jenen beiden Herbsttagen die englisch geleitete Polizei, gedeckt von einem dichten Kriegszug schwer bewaffneter Soldaten, durchführte, waren für die Mandatarmacht Prestige-schlachten. Die arabischen Demonstrationen waren verboten gewesen, ihre Führer wiederholt, zuletzt sogar vom High-Commissioner Bauchope selbst, gewarnt worden. Ob die Polizei richtig vorgegangen ist? Eine Untersuchungskommission sagt noch jetzt hinter verschlossenen Türen ...

Nachdem die von der arabischen Exklusiv in wirklich unverantwortlicher Weise in die Feuerlinie geschickten Opfer, arme Fellachen zu weilt, zur Ruhe bestattet waren, begann — eine unruhige Zeit, allerdings nur für die Juden. Die Polizei veranfaltete eine wilde „Touristenjagd“ auf jene paar tausend Immigranten, die sich mit einem abgelaufenen Touristenvisum oder überhaupt ohne Ausweis widerrechtlich im Lande aufhalten. Wer gefaßt wurde, sollte erstens der Bestrafung und zweitens der Landesarenne zugeführt werden; man er selbst sehen, wie und wo er weiterlebt ...

Angeber und Späher witterten Rente. Die Versuchung unter ihnen wurden erkannt und furchterlich verhört. Die „Wirtschaft“ verdienten sich ihren Kopflohn. Man erfuhr die Namen derer, die die Paragrafenbeschlinge hing; es waren alles brave Menschen, die Arbeit hatten und feinem, am wenigsten aber dem Staate, zur Last fielen. In nicht, der Tode wird — verbannt! So kam ein „Mosaik“ Schmiedler ins Palästina, der seit seinem ersten Lebensjahr in Palästina lebt, jedoch in günstigeren Zeiten verkauft hatte, sich legalisieren zu lassen.

Der jüdischen Bevölkerungsmehrheit lag eine große Verrechnung. In einem Fall gelang es „Alteale“, die abtransportiert werden lassen, vom Polizeianstalt herunterzuholen und heimlich in die Freiheit. Aber weniger beliebt als dieses „Mosaik“ wurde der Tod, an dem in Tel-Aviv die ausländische jüdische Polizei der Stadt sich einem neuen die uralte Politik protektoren Demonstrationen der jüdischen-Menschen entzündete. Es gab Vermutungen, an der dunklen Welt lag man nun diesem arabischen Feind-faß! Man war erkrankt. Und nicht unter dem Eindruck der Weltmeinung wurde der Touristenland Dalail gehalten.

Im Oktober hat die Einwanderungskommission der Mandatverwaltung nicht geändert. Angefallen werden Kapitalisten mit 1000 Pfund, Handwerker mit 250 Pfund und Dienstigen,

die eine der der Jewish Agency für die Zeit vom Oktober bis März bewilligten Zertifikate bekommen haben — wobei aber zu betonen ist, daß diese Zertifikatsziffer einen Bruchteil der von den jüdischen Institutionen, insbesondere auch von den Gewerkschaften, als wirtschaftsberichtig errechneten darstellt. In Palästina herrscht Arbeitermangel. Und daß der gegenwärtige wirtschaftliche Aufschwung des Landes im Gegensatz zur Scheinprosperität von 1926 nicht konjunkturell begrenzt sein dürfte, wird auch von nicht-jüdischen englischen Experten bestätigt.

Was wollen nun eigentlich die arabischen Quertreiber? Es kreuzen sich hier mehrere Interessen. Ein paar tausend Studenten mögen von einem Groß-Arabien träumen und von dem Wunsch, erst die Juden und dann die Engländer aus dem Lande zu werfen. Die großagrarischen Wintermänner der arabisch-jüdischen Bewegung, die Offiziers, hassen die jüdische Arbeiterkraft als Importeur des sozialen Fortschritts. Aber so direkt laßt man das nicht. Man erzählt vielmehr den Massen, daß im Jahre 1933 hunderttausend Juden ins Land gekommen seien. In Wahrheit sind es noch keine zehntausend. Und man erzählt ihnen, daß die „Gefahr“ einer jüdischen Mehrheit drohe. Tatsächlich haben heute etwa 200 000 Juden etwa 800 000 Mohammedanern und 100 000 Christen, unter denen auch noch viele Araber sind, gegenüber. Zugewogen nun, daß die faktische Macht einer Bevölkerungsgemeinschaft nicht in ihrer Kopfzahl zum Ausdruck zu kommen braucht, haben nicht die Juden ihren Willen, mit den Arabern zusammenzuarbeiten, tausendfach zu erkennen gegeben und ist es nicht so, daß diese Zusammenarbeit auch schon zu beobachten ist und sich zum Vorteil der Araber bewährt? Und die Darlegung wäre unvollständig, wenn nicht hinzugefügt würde, daß die Erkenntnis dieser Tatsache allen nicht-jüdischen Arabern bewußt ist und oft genug von ihnen zum Ausdruck gebracht wird.

Die hebräischen Zeitungen von rechts bis links waren bis zum 16. Januar begrifflichswelke voll Erdbebenungen in dieser einen Richtung. Volksversammlungen sagten in bürgerlicher Sentimentalität, daß es im Leben der Völker keine Dankbarkeit gäbe. „Was haben wir den Arabern Gutes getan, daß sie so mißtrauisch sind!“ erklärte einer in wibiger Ueberstimmung. Ein gewisses Nachtgeschrei häßte den arabischen Rationalismus, in den letzten Wochen läßt er sich wirklich oben. In subjektiv kluger Politik haben ihm die Engländer das Aderbrot der beschwichtigenden Sympathie. Die feinerzeit selbigenommenen Führer der illegalen Demonstrationen wurden mit geringfügigen Geldbußen oder überhaupt nicht bestraft. Die Einwanderung blieb adroffelt — abgesehen davon, daß infolge der Oktoberunruhen und der übertreibenden Unruhegehalte die kapitalistische Immigration sowieso nachgelassen hatte. Kam die jüdische Exklusiv mit dem Hinweis auf den in vielen Ländern grassierenden Antisemitismus, insbesondere mit der ein höheres Niveau rechtfertigenden präferen Lage der Juden in Deutschland, führten die Engländer die Erzeugung der Araber ins Treffen und warnten im Lebrigen ab: halt bindender Erklärungen gab es allgemeinverbindliche Worte.

Am 6. Januar begegnete der High-Commissioner dem englischen Kolonialminister Curllis-Eliker in Kairo. Offenbar wurde beschlossen, die Demonstration zuzulassen, nachdem

man mit dem Verbot im Oktober so schlechte Erfahrungen gemacht hatte.

Am 16. Januar war das arabische Fasten zu Ende, nun sollte also das lang erwartete, von den arabischen Faschisten gewünschte große Judenfesten beginnen — wenn auch „disziplinierter“ und nur in „Demonstrationen“. Aber angelegte Revolutionen finden nur in seltenen Fällen statt. Plötzlich entdeckten nämlich die Araber, daß es zweckmäßig sei, das große Ereignis noch um einen Tag zu verlegen, auf „Ad ul Fitr“, den 17. Januar. Und dann brach ganz unerwartet, und gewiß nicht in die politische Rechnung gestellt, der Winter aus — die Deutschen haben ihn mitgebracht, hieß es —: richtiger Winter mit Nebel, Schnee und scharfer Kälte; die Delbäume gitterten und die Palmen schüttelten sich. Wie das nun so ist, wenn es in Jerusalem schneit: das seltsame Ereignis bringt das Geschäftsleben zum Stocken, der Kaufmann vergißt das Brot zu schneiden, Colebändler und Kinos bleiben leer, und alles verkrüppelt sich hinter die armenischen Petroleumdosen, die schlecht riechen und atmen, aber nur in Ausnahmefällen wärmen. Und die Araber? Sie trotzen genau so wie die Juden, vielleicht sogar noch mehr. Die Hitze ihrer Kriegslust schlägt um zur Eisluft der Gleichgültigkeit. Und die Schneefest, die am 16. Januar über Jerusalem lag, bedeckte ihre Pläne wie ein Mantel der mohammedanischen Nächstenliebe ...

Am 17. Januar war das Wetter wieder schön, aber das verführerische Lächeln der Sonne kam zu spät, um jetzt noch Schaden anrichten zu können. Wegen des Wetters der Vortage war der Massenanzug an Beduinen, den die Städte vom Lande her erwarteten, hatten, ausgeblieben, und so fiel die ganze Revolution in den jüdischen weggeschmolzenen Schnee. Die Demonstrationen fanden zwar überall statt, aber daß dem im Orient nie ganz harmlosen Propagandattier schon vorher die Giftzähne angebrochen waren, geht daraus hervor, daß selbst die vornehmsten Juden ihre Weltanschauung offen ließen. In Jerusalem marschierten etwa 1500 Menschen, in Jaffa weniger als tausend, in Haifa ungefähr 2500. Auch in Saged, Nablas, Gaza, Bethlehem, Tulkarem, Hebron, Ramleh und Jericho verlief alles ruhig. Nur wenige Demonstranten trugen Stäbe; die arabischen Stadtmänner folgten ihrer Fahne; zum Schluß der Marsche wurde eine Proklamation verlesen. Die Polizei bekam so gut wie nichts zu tun — abgesehen davon, daß sie eine Reihe jüdischer und arabischer Kommunisten verhaftete und in arabisch abgefaßte Pamphlete beschlagnahmte, in denen alle Arbeiter, Fellachen, Beduinen, Nationalisten, Studenten und Revolutionäre“ aufgefordert werden, keinen Rechten und keine Steuern mehr zu zahlen, das in den Händen der Zionisten und Offiziers befindliche Land unter die Fellachen aufzuteilen, die bewaffneten Streitkräfte niederzuschlagen, die englische Regierung zu stürzen, sie durch eine Arbeiter- und Bauernregierung zu ersetzen und schließlich die Balfour-Deklaration zu zerreißen ...

Wird sich diese sich nicht gerade durch Weisheitsdenk auszeichnenden Wünsche erfüllen werden, dürfte noch viel Wasser den Jordan hinabfließen. Aktuell ist die Sorge, ob die Regierung nun endlich die paar tausend „Mosaiken“, die im Lande sind, amnestieren und legalisieren wird. Oder gerinnt auch diese so menschliche, so natürliche Hoffnung wie der Schnee am Rhamadan? Gottgetreu-Jerusalem.

# 14 Punkte

Aufgestellt von der Pariser Ortsgruppe der SPD.

Noch ehe der Parteiauftrag erschienen war, hat die Pariser Ortsgruppe der SPD, folgende Forderungen aufgestellt:

Die SPD. kann und darf — zumal in der Emigration — ihren Kampf um den Sozialismus nicht nur führen als einen Kampf gegen Hitler und den Faschismus, sondern muß ihn positiv und eindeutig führen mit der Zielsetzung, den Faschismus durch den Sozialismus abzulösen.

Die Erfahrungen aus der Niederlage der deutschen Arbeiterklasse und dem Versagen unserer Partei haben eindeutig gezeigt, daß die Demokratie in der klassengespaltenen Gesellschaft der Arbeiterklasse und ihren Organisationen zwar gewisse Freiheiten und Entwicklungsmöglichkeiten bietet, zugleich aber den machtmäßig überlegenen kapitalistischen Gegnern ausreichende Garantien gewährleistet, die Arbeiterklasse an der Verwirklichung wirklich sozialistischer Forderungen zu verhindern.

Die Zusammenarbeit mit Klassegegnern des Proletariats in der kapitalistischen Gesellschaft, wie sie der Reformismus zum Prinzip erhob und wie sie in der Wirtschaftsdemokratie ihren Ausdruck fand, verhindert, daß die Arbeiterklasse jemals allein die Macht erobert.

Sozialismus kann niemals mit Hilfe von Klassegegnern, sondern immer nur im Kampf gegen die herrschenden kapitalistischen Mächte verwirklicht werden.

Ohne die Eroberung der ganzen Macht für die Arbeiterklasse und ohne den entschlossenen Willen, diese Macht mit allen Mitteln zu halten und zu verteidigen, ist die Verwirklichung der sozialistischen Wirtschaft und die Schaffung einer sozialistischen klassenlosen Gesellschaft nicht möglich.

Erst nach der Machteroberung und nur in der klassenlosen, sozialistischen Gesellschaft kann Demokratie verwirklicht werden!

Die Zerschlagung der faschistischen Diktatur und der Sieg des Sozialismus kann nur das Werk der ganzen Arbeiterklasse sein.

Die SPD. darf weder darauf hoffen, noch opportunistisch darauf warten, daß der Faschismus wirtschaftlich oder durch einen Krieg zusammenbricht.

Die SPD. hat eine geschichtliche Berechtigung allein als zielbewußter Gestalter der sozialistischen Gesellschaft, niemals aber als der Zufallserbe eines chaotischen Zusammenbruchs.

Der Kampf der Arbeiterklasse wird geführt nicht zur Wiederherstellung der demokratischen Republik, sondern zur Errichtung der Diktatur des revolutionären Proletariats als Basis der klassenlosen, demokratischen Gesellschaftsordnung.

Nur durch klare, sozialistische Zielsetzung, die kein Kompromiß und keinerlei Konzessionen verträgt und kennen darf, — und nur durch äußerste Aktivität für die Erreichung dieses Zieles mit allen Mitteln kann die deutsche Arbeiterklasse geeint und zum Sieg befähigt werden!

Die Gegenwartsaufgabe der Sozialdemokratie ist es, die deutsche Arbeiterklasse in diesem Kampf für die Errichtung der proletarischen Herrschaft zu führen. Ein dringendes Erfordernis für die SPD. ist es deshalb, sich von allen Belastungen der Vergangenheit und von allen Heimmissten zu befreien, die über ihre revolutionäre sozialistische Zielsetzung Zweifel bestehen lassen und die Breitenwirkung ihrer Aktionen im Proletariat beeinträchtigen könnten.

Unter diesem Gesichtspunkt der Verantwortung gegenüber der sozialistischen Idee und insbesondere im Interesse der Herstellung der Einheit der deutschen Arbeiterklasse muß die Führung der Partei und die Leitung der Aktionen Menschen übertragen werden, die mit der Vergangenheit nicht belastet sind!

## Weltrevolutionäre a. D.

Von Stalin zu Hitler

Zwei kommunistische Führer aus Leipzig sind zu Hitler übergetreten. Es sind der frühere Vorsitzende der ehemaligen kommunistischen Stadtverordnetenfraktion Fritz Dasecke und der frühere Vorsitzende der ehemaligen kommunistischen Bezirksfraktion Walter Otto. Sie haben eine Broschüre über ihre Wandlung veröffentlicht in der sie Hitler lobhudein und vor ihm auf dem Bauche rutschen. Diese beiden, die früher die Sozialdemokratische Partei auf das widerlichste bekämpft haben, haben die Broschüre nicht unter Druck geschrieben. Wohl waren sie wie viele zehntausende sozialdemokratischer und kommunistischer Arbeiter in Schutzhaft, aber sie sind seit Monaten bereits wieder in Freiheit. Sie haben die Broschüre geschrieben, um als makellose Faschisten an der Karriere im „dritten Reich“ teilnehmen zu können!

Im Schutzhaftlager sind die beiden gemeinsam mit dem früheren kommunistischen Stadtverordnetenvorsitzer aus Chemnitz Welsch als Propagandisten für Hitler tätig gewesen. Sie rühmten sich dessen in ihrer Schrift. Die sozialdemokratischen Arbeiter haben sich von ihnen mit Verachtung abgemandt, bei ihren kommunistischen Parteifreunden fanden sie leichteres Spiel: „Der Einbruch ins sozialdemokratische Lager war bedeutend schwieriger“ — so heißt es in der Renegatenbroschüre.

Bewunderung und Anerkennung für Hitler, gemischt mit schamhaften Beschimpfungen gegen die Sozialdemokratie, das ist der Inhalt dieser Broschüre. Was haben die Kommunisten anderes gelernt, als auf Sozialdemokraten zu schwärzen? (Neuer Vorwärts.)

## Harte Gefängnisstrafe

„Für kritische Äußerungen“

Das Sondergericht in Friedberg (Hessen) verurteilte einen mehrfach vorbestraften Schuhmacher, der sich in Bussach in beleidigenden Äußerungen gegen die Reichsregierung ergangen hatte, zu sechs Monaten Gefängnis unter Anrechnung von einem Monat Untersuchungshaft. — Ein Brauerarbeiter war angeklagt, in einer Friedberger Wirtschaft unwahre bzw. grob entstellte Behauptungen angeheftet zu haben, die das Ansehen der Reichsregierung zu schädigen geeignet waren. Das Gericht erkannte auf ein Jahr Gefängnis unter Anrechnung von einem Monat Untersuchungshaft. — Wegen ähnlicher Äußerungen mußte sich ein Buchbinder Schneidermeister verantworten. Er erhielt acht Monate Gefängnis.

# Für sozialistische Diktatur

Ein Beschluß der polnischen Sozialisten

(L.I.) Der 23. Parteitag der polnischen sozialistischen Partei (PPS.) trat am 2. Februar in Warschau zusammen. Seine Beratungen, die unter dem Ehrenvorsitz der Breslauer Gefangenen (Warkoch, Ciochaj, Dubois, Lieberman und Pragier) stattfanden, dauerten drei Tage. 227 Delegierte aus 43 Parteikreisen waren zugegen. Den faktischen Vorsitz führte der Generalsekretär des Gewerkschaftsbundes, Zulaufski.

Der grundsätzliche Beschluß des Kongresses, bezüglich der programmatischen und taktischen Aufgaben der PPS. zerfällt in 8 Absätze. Sie behandeln:

1. Die Krise und die Kartelle, 2. den Faschismus und den Staat im allgemeinen, 3. die Lage der arbeitenden Schichten, 4. die Stellungnahme der besitzenden Klasse in Polen, 5. den Faschismus in Polen, 6. das Proletariat und die Bauernschaft, 7. das wirtschaftliche Programm des Sozialismus und schließlich 8. das politische Programm.

Dieser letztere Absatz, dessen Inhalt den Hauptstreitpunkt in der allgemeinen politischen Debatte bildete, lautet wie folgt:

„Um das Programm des sozialistischen Neuaufbaus Polens zu verwirklichen, strebt die PPS. die Einsetzung einer Arbeiter- und Bauernregierung an, die ihren Stützpunkt in den Massen haben und deren Kontrolle unterliegen wird. Diese Regierung muß mit diktatorischer Macht ausgestattet sein, die in der Uebergangszeit unentbehrlich ist, um jeden konterrevolutionären Versuch im Keime ersticken zu können. Sie wird der Anbruch des Willens und der Interessen der arbeitenden Massen sein und sie wird auf Grundlagen aufgebaut werden, die den Massen den entscheidenden Einfluß auf das Staatsleben gewährleisten. Nach der Niederwerfung der reaktionären Elemente wird die Arbeiter- und Bauernregierung folgende Aufgaben lösen: endgültige Begründung der Freiheit und Selbstverwaltung der großen Volksmasse, Selbstverwaltung der nationalen Minderheiten, Demokratisierung der Staatsverwaltung, der Gerichtsbarkeit und Wehrmacht und die allgemeine Volksbewaffnung nach den Grundsätzen des Willkürsystems.“

Eine solche Regierung kann nur als Ergebnis des Massenkampfes der Arbeiter und Bauern entstehen und nachdem die Illusion in den Massen endgültig überwunden sein wird, daß ihr Los ohne die vollständige Beseitigung der Herrschaft der besitzenden Klassen und die Verkrüppelung ihrer Macht im Staate sich irgendwie in erheblicher Weise bessern könnte. . . . In den Massenkämpfen der Bauern und der Arbeiter, deren Schauplatz Polen in der letzten Zeit war, erblickt die PPS. die Gewähr, daß Apathie, Gleichgültigkeit und Tatenlosigkeit geschwunden ist und daß die Sehnsucht nach der Einheitsfront der Arbeiter- und Bauernmasse in aller Herzen immer gewaltiger zum Durchbruch gelangt. . . .

Der Kongress hat überdies ein ausführliches Agrarprogramm, das in 16 Punkten sämtliche Probleme des Bauernlebens und der Bauernwirtschaft auflöst, beschlossen. Berichterstatter war Gumpiowicz. Das Programm basiert hauptsächlich auf dem Prinzip der Enteignung des Großgrundbesitzes zugunsten des ländlichen Proletariats und der Kleinbauern.

Der neue Parteirat wurde fast einstimmig gewählt. An der Spitze der Neugewählten befinden sich sämtliche Breslauer Gefangenen. Sodann wurde die Wahl einer Kommission beschlossen, die das Parteiprogramm revidieren, es ebenso wie die Parteinstanzen der veränderten Situation und den veränderten Bedürfnissen anzupassen haben wird.

In seinem Schlusswort sagte der Vorsitzende Zulaufski unter anderem folgendes: „Sie haben nicht einmütig, sondern mit Stimmenmehrheit beschlossen, daß die Regierung des sozialistischen Neuaufbaus der menschlichen Gesellschaft in der Uebergangszeit mit diktatorischer Gewalt ausgestattet werden müsse. Vergeßt nicht, daß wir nur dann nicht als lächerliche, kleine Menschen aller Welt vorkommen werden, wenn man sehen wird, daß hinter unseren Resolutionen eine wirkliche reale Kraft steht. Unsere allererste Aufgabe ist somit, diese wirkliche Kraft durch die unermüdete Zusammenarbeit aller Parteimitglieder zu schaffen.“

# Die Wiener Greuel

Tatsachenbericht eines Kämpfers von Floridsdorf

Der Karlsbader „Volkswille“ erhielt von einem Floridsdorfer Funktionär, der an den schwersten Kämpfen an diesem Wiener Stadtteil teilgenommen hat, eine Schilderung der Bestialitäten der Dollfußschen Soldateska. Aus dem umfangreichen Bericht veröffentlichen wir nachstehenden Auszug:

### Proletarisches Heldentum

Nirgends hat die Arbeiterkraft angegriffen. Sie wehrte sich nur gegen ihre Entwaffnung. Als die Maschinengewehre der entmenschten Soldateska und der Polizei in Aktion traten, griff natürlich auch der Schussbund an. Er entwarfene einige Polizeiwachstuben und sperrte die gefangenen Polizisten, denen kein Haar gekrümmt wurde, in Kellern ein. Dabei erbeutete der Schussbund Gewehre und etwa 100 000 Schuss Munition. Vorher hatte Montagmittag Bundesdeber das Floridsdorfer Arbeiterheim belegt. Es entwickelten sich schwere Kämpfe beim Gemeindebau auf dem ehemaligen SAC-Sportplatz, in dem etwa 300 Familien wohnen und der einige Stunden später von einer schweren Handgranatenbatterie unter Granateneuer genommen wurde. Es gab dort eine Unzahl Toter, die noch am Sportplatz lagen, wohin sie von den Heimwehrfaschisten zusammenschleppt worden waren. Darunter waren Gliedmaßen von durch die Granaten zersetzten Frauen und Kindern. Schwerste Kämpfe entwickelten sich um das Arbeiterheim. Im Verlauf von zwei Tagen und zwei Nächten wechselte das Arbeiterheim viermal den Besitzer. Die Faschistenbande, unvermögend, den Schussbund aus dem Arbeiterheim trotz des Granateneuers wieder hinauszuberufen, veranlaßte die uniformierten Beulen, das Arbeiterheim mit Brandgeschossen zu besetzen. Noch zwei Stunden kämpften die Schussbändler mit übermenschlicher Kraft im brennenden Arbeiterheim.

### Keinen sollten sie lebendig haben

Als die Hitze unerträglich wurde und ein Verbleiben nicht mehr möglich war, deckten vier brave Genossen den Rückzug der übrigen und feuerten unablässig. Als der Rückzug vollzogen war, hatten die Genossen sich selbst erschossen, bevor die Faschisten einbrachen.

Furchtbar gekämpft wurde um den riesigen Gemeindebaustrassenblock „Schlingnerhof“. Obwohl hier etwa 400 Familien wohnen, wurde auch dieser unter Handgranatenfeuer genommen. Der Heldentum, mit dem die Genossen trotz der entsetzlichen Wirkungen der Granaten einen Tag und eine Nacht weiterkämpften, war unbeschreiblich. Um den Schlingnerhof von rückwärts zu nehmen, wollten die bestialischen Faschisten diesen umgeben. Da griffen von der Brunnerstraße her die Genossen Straßenbahner, die sich in der dortigen Straßenbahnwagenremise verschanzt hatten, ein. Die Polizei wollte im Sturm die Remise nehmen. Sie wurde glänzend zurückgeschlagen und mußte 20 Tote liegen lassen. Daraufhin wurde die Remise, die ein leichtes Dach hat, die ganze Nacht unter Schrapnellfeuer genommen. Trotz schwerster Opfer hielten die Straßenbahner stand. In ihrer Entschlossenheit griff die unweit davon stationierte Floridsdorfer Feuerwache unter Führung des Feuerwehrkommandanten Genossen Ingenieur Weikel ein. Sie verbrachten mehr als Doldentaten und zwangen die Artillerie zur Einstellung des Schrapnelleneuers. In derselben Zeit drangen starke Heeresstöße und Polizeitruppen auf der Prager Straße in der Richtung gegen Ardlessee Strebersdorf vor. Sie wurden nach schwerstem Kampf von den Schussbändlern zurückgeworfen. So tobten fast auf allen Straßen und in allen Häuserblöcken von Montag nachts bis Mittwoch abends ununterbrochen die schwersten Kämpfe. Zwei Tage bemühten sich starke Truppenkörper, unterstützt durch Heimwehr, den Häuserblock „Gartenstadt“, der von etwa tausend Familien bewohnt ist, zu nehmen. Zwei Nächte des schwersten Kampfes waren vergangen. Den Schussbändlern, denen in mutigster Weise von den Frauen die Munition zugebracht und etwas Essen gebracht wurde,

hielten stand. In der Nacht von Dienstag auf Mittwoch nahm im Ueberschwemmungsgebiet des Donaustromes unterhalb der Floridsdorfer Brücke eine schwere Handgranatenbatterie Stellung. Diese bekam um 7 Uhr früh von den kommandierenden entmenschten Beulen den Auftrag, die Gartenstadt unter schwerem Granateneuer zu nehmen. Ich war mit einem anderen Schussbändler gerade beschäftigt, von der Gartenstadt hinauszukommen, gegen den Donauschussdamm zu gehen, um die Stärke der Faschisten zu erkunden. Da fiel die erste Granate zwischen dem letzten und vorletzten Stockwerk der Seitenfront ein. Die Explosion der Granate hatte eine ungeheure Wirkung.

### Granaten gegen schlafende Kinder

Ein Teil des letzten und vorletzten Stockwerkes flog mit einer furchtbaren Staub- und Rauchwolke in die Luft. Ein wahrer Regen von Möbelstücken und Hausrat prasselte mit den Schuttmassen nieder. Die Granate hatte auch Tuschenten und Polster zerlegt, so daß die Federn wie Schnee herumwirbelten. Das zu einer Zeit, wo die Kinder noch in den Betten waren.

Es folgte eine zweite Granate, die den dritten Teil des turmartigen Aufbaues, in dem auch eine Reihe von Wohnungen sind, mit allem Inhalt niederbrannte. Der Kanonendonner vermischte sich mit wahnwitzigem Geschrei der verzweigten Kinder, Frauen und Männer und Wutausbrüchen hundert Menschen, die in den nebenstehenden Privatbäusern mit Entsetzen aus ihren Fenstern die Wirkung der Dollfuß-Feuer-Granaten ansahen. Einige Minuten später gingen einige zu hoch geschossene Granaten über das Gebäude hinweg. Ihr Einschlagen irgendwo an der Stadtgrenze oder in Strebersdorf war wie ferner Donner zu hören. Dann folgte eine Scheidbar zu kurz geschossene Granate. Sie fuhr direkt in das Handtor der Stiege 1 des riesigen Häuserblocks. Kurz zuvor hatte eine Anzahl von Frauen und Kindern vom Konsumverein, der gegenüber liegt und für kurze Zeit geöffnet hatte, Brot geholt und waren diesem Handtor angelockt. Nach furchtbarem Krach war dieser Teil in eine ungeheure Staub- und Rauchwolke gehüllt. Wir wurden durch den Luftdruck an das Nebenhause geschleudert. Entsetzt blickten wir hin.

### Veredeltes Christentum

Da sah ich aus der Staubwolke einen Frauenkopf über den Gehsteig ins Rinnsal rollen. Geschämt vor Entsetzen konnte ich nicht weiter. Als sich der Staub und Rauch verzogen, sah ich eine Anzahl von kleinen und großen Menschenhäuten und Händen und sonstigen zersetzten Gliedmaßen im Schutt liegen, durch den das Blut drang.

Für heute genug, denn ich kann nicht mehr weiter.

Freiheit!

### Oesterreichisches Wiegenlied

Schlafe, Kindchen, schlafe ein,  
Für dich ist nicht der Sonnenschein.  
Dein Vater ist nur ein Prolet,  
Der auf der Barrikade steht.  
Schlafe, Kindchen, schlaf,  
Schlafe, Kindchen, schlaf,  
Zum Sterben bist du noch zu klein.  
Derr Dollfuß ist ein guter Christ,  
Er wartet, bis du größer bist.  
Schlafe, Kindchen, schlaf,  
Schlafe, Kindchen, schlafe ein,  
Dein Vater kann nicht bei dir sein,  
Er kämpft um ein Stückchen Brot,  
Der Kanaler schoß ihn darum tot.  
Schlafe, Kindchen, schlaf,  
Schlafe, Kindchen, schlafe ein,  
Die Zukunft ist noch immer dein.  
Verack es nie: es waren drei:  
Dollfuß, Starbemberg und Fey.  
Schlafe, Kindchen, schlaf.

Ring.

## Die Erziehung zur Unmenschlichkeit

### Eindrücke aus Saarbücken

„Ach wie schön!“, ruft ein Büchlein vor dem Schaufenster eines Spielwarengeschäfts, hinter dem neben SA- und SS. in allen möglichen Formationen nicht weniger als 38 Pistolen und 3 Kanonen ausgestellt sind. Die Eltern stehen dabei und überlegen, was von den schönen Sachen sie ihrem Söhnchen schenken sollen. Ein Stückchen weiter begegnet uns ein Haufen Hitlerjungen, die bekanntlich nur zur Friedensarbeit gedrillt werden und noch nie daran gedacht haben, Frankreich siegreich zu schlagen. Drüben hat die Reichsleitung jedem Jungen einen Dolch als Ehrenzeichen mit der Inschrift: „Blut und Ehre“ verliehen, wobei es dem Ermessen der Träger anheim gestellt bleibt, ob die Ehre aus dem Blut der eigenen Rasse abgeleitet wird oder aus dem Blut der „Feinde“ und dem Judenblut, das nach dem schönen Liede vom Messer spritzen soll.

In der evangelischen Kirche von St. Johann hören wir eine Passionsmusik von Bach. Plötzlich werden wir aus den Melodien des Meisters und dem Eindruck erbanlicher Gesänge aufgerüttelt. Der Rezitator trägt einen Aufruf von Paul Ernst vor, der mit starker dichterischer Kraft die einseitige und unwahrhaftigste nationalsozialistische Hege zum Ausdruck bringt. Man fragt sich erstaunt, ob denn das die Gefühle sind, die in die religiösen Stimmungen der Passionszeit gehören, ob etwa in den vordem feindlichen Nachbarländern die alten Anklagen gegen Deutschland auch in der Kirche und gerade in der Passionszeit, die doch einer innerlichen Sammlung und der Erhebung zu ewigen, der ganzen Menschheit gemeinsamen Empfindungen gewidmet sein sollte, zum Vortrag kommen.

Ja, es läßt sich leider nicht leugnen: das bürgerliche Deutschland befindet sich heute in einem nationalistisch-kriegerischen Fieberwahn. Und es wendet skrupellos alle Mittel an, um diese lebensgefährliche Krankheit auf die weitesten Schichten und mit grauenvoller Methodik vor allem auf die Jugend von frühesten Kindheit an zu übertragen. Mittel, denen in Ermangelung ausreichender Gegenkräfte, die ja im Reich radikal unterdrückt und ausgerottet werden, leider der Erfolg nicht fehlt.

Gobineau bringt in seiner „Renaissance“ einige Szenen, in denen die Entflammbarkeit und zugleich die Wandelbarkeit der Kindseele schlagend dargetan wird. Es handelt sich um Savonarola, den edlen Fanatiker, der in seiner Empörung gegen die sündigen Freuden der Welt weiteste Volkskreise begeistert, um nachher einer raschen Wandlung der Volksgunst zum Opfer zu fallen. Da sehen wir, wie Kinder

in wildem Eifer für die Gebote des Profeten selbst vor der Denunziation der eigenen Eltern nicht zurückschrecken — und wie sie in einer der nächsten Szenen Hölzchen anspielen, um damit den inzwischen gefallenen Heiligen, wenn er als Märtyrer zum Scheiterhaufen schreitet, zu peinigen. Wer zweifelt daran, daß unsere Schulkinder, die heute auch zum Denunzieren ihrer Eltern mißbraucht werden, wenn man ihnen einige Wochen lang die Helden des „dritten Reichs“ in ihrer wahren Gestalt und die Herrlichkeit des Kriegs in ihrer wirklichen Furchtbarkeit darstellt, eben so rasch ihre Besinnung wiederfinden und sich vor den grausamen Unmenschlichkeiten, zu denen man sie heute dressiert, mit Abscheu lossagen würden!

Es ist ein furchtbarer Gedanke, wie widerstandslos biegsam sich die Kinderseele jedem Einfluß ausliefert, mit welcher geringem Aufgebot von Ehrlichkeit, Gewissenhaftigkeit, gutem Willen sie sich zur menschlichen Betrachtung und Behandlung der Lebensvorgänge und der Mitmenschen bilden ließe — und mit welcher teuflischer, planmäßiger Beharrlichkeit sie heute zur Unmenschlichkeit erniedrigt wird: zum blutigen Haß angeblicher Feinde, zu angeblich nationaler Raubgier, zur Gehässigkeit und bis zur Grausamkeit gehenden Unduldsamkeit gegen die Altersgenossen, die von anderer Art oder Sprache sind oder, dank besseren Einflüssen, im allgemeinen Taumel sich noch ihre natürliche Menschlichkeit bewahrt haben. Im Reiche ist dieses fluchwürdige Erziehungssystem nun an der Macht und wird erst mit der Herrschaft der Gewalthaber gestürzt werden. Aber warum im Saargebiet, das doch eine Brücke der Völkerveröhnung, eine Insel im Meere der nationalistischen Tollheit bilden sollte, ohne Widerspruch einer doch nicht von dieser Tollwut befallenen Regierung diese menschenverderbenden, schließlich das deutsche Volk selbst zur Vernichtung treibenden Methoden sich ungehemmt austoben dürfen, das gehört zu den Rätseln, die wohl mit dem ganzen Wesen des Völkerbundes und seiner Hilflosigkeit gegenüber den Ausschreitungen nationalstischen Wahns zusammenhängen.

Aber muß das so bleiben? Es gibt wahrhaftig so viele ausgezeichnete, in Erkenntnis und Methodik hochstehende Pädagogen deutscher Zunge, die sich dieser Verseuchung gegenüber immer erwiesen haben, daß es der Regierungskommission nicht schwer fallen könnte, hierzulande eine Lehrerbildung zu schaffen, die einen starken Halt gegen diese blutbesudelte Schlammflut bilden, die Schule zu ihrer wirklichen Aufgabe der Menschenbildung im Sinne Pestalozzis umgestalten könnte. Eckart.

## Unter Krauses Aufsicht

### Vom Atelier bis zur Zensur

Wie der deutsche Film jetzt betreut wird, dafür gibt folgende amtliche Benachrichtigung an die Presse wertvollen Aufschluß:

Die Neufassung des Lichtspielgesetzes mit der Schaffung der Stelle des Reichsfilmamateurs hat den Verband der Filmindustriellen veranlaßt, seine sämtlichen Mitglieder zu einer Sitzung zusammenzurufen. An ihr nahmen der Vizepräsident der Reichsfilmkammer, Oberregierungsrat Rätter, der Reichsfilmamateur Willi Krause und aus der Industrie sämtliche dem Verband der Filmindustriellen angeschlossenen Herstellungsfirmen mit ihren wirtschaftlichen und künstlerischen Leitern, der Vorstand der deutschen Vereinigung für Filmaußenhandel, der Arbeitsgemeinschaft der Filmverleiher Deutschlands und deren als Auftraggeber an der Filmherstellung besonders interessierten Mitgliedfirmen teil.

Der Leiter des Verbandes der Filmindustriellen, Direktor Correll, bezeichnete das neue Lichtspielgesetz mit der Einsetzung des Reichsfilmamateurs als eine befreiende Tat, weil es durch die Errichtung der von der Industrie schon lange geforderten Vorprüfung die größtmögliche Sicherheit für die Vorzensur gebe. Unrecht hätten also diejenigen, die wieder einmal von einer akuten Krise sprächen. Die Produktion habe es noch nie leicht gehabt und stehe auch jetzt wieder vor schweren Aufgaben mit Rücksicht auf die gesun-

kene Besucherzahl im Inland und die bekannten Ausführungsschwierigkeiten. Auf Grund des neuen Gesetzes und des allen Mitgliedsfirmen zugänglichen Erlasses des Ministers sei jetzt im Benehmen mit dem Reichsfilmamateur zur Ueberwindung der Schwierigkeiten der Weg zu finden, nämlich der Weg zur Schaffung des Films, der, wohlvereinbar mit der Weltanschauung des neuen Staates, auch dem Unterhaltungs- und Spannungsbedürfnis des Publikums gerecht werde und dennoch auslandmarktfähig sei.

Reichsfilmamateur Krause äußerte sich über die Art, wie er seine Arbeit praktisch zu handhaben gedenke. Er wies insbesondere darauf hin, daß er vom Reichsminister Dr. Göbbels eingesetzt sei nicht zur Hemmung, sondern zur Förderung und Unterstützung der Industrie. Er stehe den Filmherstellungsfirmen jederzeit zur Verfügung. Man möge sich in allen Zweifelsfragen vertrauensvoll an ihn wenden. Er sei auch bereit, Anregungen für neue Stoffe zu geben und werde sich nicht mit einem Gutachten über vorgelegte Manuskripte begnügen, sondern den Film bei seinem Entstehen im Atelier verfolgen und bis durch die Zensur begleiten. Vor Drehbeginn sollen die Beanstandungen, die früher gewöhnlich erst durch Sachverständige von der Prüfstelle vorgebracht worden seien, beseitigt sein, so daß die zukünftigen Filme einem Zensurrisiko kaum noch ausgesetzt sein könnten...

## Pg. Asus Bietet sich an

Für alle jene deutschen Dichterlinge, deren einziger Befähigungsnachweis eine arische Großmutter ist, herrscht im „dritten Reich“ endlich die ersehnte Konjunktur. (Prosperity for Ewers.) Nun gilt es, den Anschluß nicht zu verpassen. Rührige Geschäftsposten versenden zu diesem edlen Zweck Offerten, wie etwa die nachstehende, an die versmaßgebenden Stellen:

An die

Abteilung „Poesie“ des Reichspropagandamysteriums

Berlin.

Sehr geehrte und hochgeschätzte Literaturführer!

Ich beziehe mich auf Ihren geschätzten Erlaß betreffend die Erneuerung der deutschen Dichtkunst im Sinne einer ergebundenen und schollendampfernden Wiedergeburt und offeriere Ihnen hiermit, franko Verstand, diverse Dichtungsmaterialien wie folgt:

10 Stück nationale Dramen aus 14 historischen Stoffen ab Wallensteins Lager, mit erstklassigen völkischen Pointen, garantiert humanitätsfrei, Abend- und bei Zwangsvorstellungen auch kassellend, zum Preise von 150,— Mark pro Stück, raserrein netto.

6 Gros tiefempfundene Gedichte in sadistischen und Gummiküttelversen, Kleinodien aus einer deutschen Reimschmiede; darunter 2 Dutzend Hymnen an den Führer und je 1 Dutzend einmalige Gefühlsausbrüche einer germanischen Seele und Haßgesänge wider den Erbfeind, Preis pro Dutzend 16.80 Mark; zuzüglich 4,5 Prozent Geisteskriseauszuschlag.

11 Sack Konzentrationslyrik, Marke „Blut und Boden“, sortiert nach Antisemythos und Wehrwillen, zu Ramschpreisen nach Uebereinkunft.

780 Meter Festprologe für Gleichschaltungsfeiern, Bücherverbrennungen und Führergeburtstage. Auf Wunsch auch nach Maß. Preis 4.25 Mark pro laufender Meter.

15 Stück Germane (das sind aufgenordete Romane), mit heldischem Ueberschlag in vier Stärkegraden, spannend, belehrend, national erhebend. Darunter acht Uebersetzungen von Systemliteratur ins Neudeutsche. Preis 120,— Mark pro Stück.

75 Stück Grauelmärchen, für die reifere Hitler-Jugend bearbeitet, aus dem Ableben gegriffen, zum Preise von drei Monaten Einzelhaft pro Stück.

Indem ich hoffe, daß Sie mich baldigst mit poetischen Aufträgen beehren werden, zeichne ich, mit Vorbedacht Ihren Diensten gewidmet, heilhitlervoll

Pg. Asus.

(Für die Abschrift: Karo.)

## Gebet der Deutschen

O lieber Herrgott, mach mich stumm,  
Damit ich nicht nach Dachau kumm.  
O lieber Herrgott, mach mich taub,  
Damit ich jeden Unsinn glaub'.  
O lieber Herrgott, mach mich blind,  
Damit ich alles in Ordnung find'.  
Und bin ich blind, stumm, taub zu gleich,  
Dann paß' ich für das „dritte Reich“.

## Zeitgemäße Elegie

Zum ändern Male senken sich die Fahnen  
Der Freiheit und der Liebe in der Welt.  
Tyrannen ziehn auf blutgetränkten Bahnen,  
Umringt von Söldnern und von Scharlatanen,  
Den Menschen schlagend für der Krämer Geld.

Es ist sehr dunkel in der Welt geworden,  
Bevor sie noch den hellen Tag gesehn.  
Entsetzlich gellt das Kriegsgeschrei der Horden,  
Die kalten Blutes ihre Brüder morden. —  
Es ist so schwer, die Menschen zu verstehn.

Horatio.

## Luetgebrunes Tornister

Der nationalsozialistische Rechtsanwalt Luetgebrune, Berlin, der von den Fememördern bis zu den Brüdern Lahusen seit je alles verteidigt hat, was das Hakenkreuz im Herzen, Blut und Dreck an den Fingern trug, schreibt in der Zeitschrift „Der Gerichtssaal“, Stuttgart:

„Wenn man sich nicht dem Vorwurf aussetzen will, daß sich anders als sonst in Menschenköpfen die Welt male, ist es nicht leicht, seine Meinung darüber auszusprechen, wie sich die Tätigkeit des Anwalts im neuen Staat gestalten wird.“

Wir glauben es!

In dem gleichen Aufsatz schreibt Luetgebrune:

„Die Idee des Rechtsstaats ist im neuen Deutschland nicht verlassen, sie ist vielmehr vertieft... Das Recht des neuen Staates wird nicht von Ministerialbürokraten gemacht. Das Recht des neuen Deutschlands trägt der SA-Mann im Tornister.“

Neben Stullenpaket, Dolchmesser, Stahlrute und einem Bändchen Hans Heinz Ewers.

## Reclam gleichgeschaltet

Die Reclamsche Universalbibliothek war bisher aus der praktischen Arbeit des Volksbildners nicht zu streichen; da nun nach und nach der einst stolze Bau des deutschen Volksbildungswesens zerbröckelte und da heute nichts mehr von ihm übrig ist, hat sich der Verlag Philipp Reclam jun. bedenkenlos gleichgeschaltet. In letzter Zeit erschienen folgende Bändchen: des Osa's letzte Reichstagsrede, die der Waschzettel natürlich als „Markstein in der Geschichte des deutschen Volkes“ bezeichnet; da Hitlers Rede für ein Reclam-Bändchen zu dünn ist, hat der geschäftstüchtige Verleger Frick's Rundfunkrede vom 31. Januar dazugetan. Weitere Bände, die die schöne Verquickung von Geschäft und Politik dartun: Ministerialrat A. Müller: „Der Kampf um die Saar“; Hermann Gackenholtz: „Das Diktat von Versailles und seine Auswirkungen“; „Hitlergesetze“ bis jetzt 6 Bändchen, herausgegeben von Amtsgerichtsdirektor Rudolf Beyer; Leers: „Geschichte auf russischer Grundlage“. — Diese Entwicklung der Reclamschen Universalbibliothek ist ein Symbol für den deutschen Buchhandel.

## Nazipresse in den Schulen

Rust verfügt unter U H C 20 090: „Es wird berichtet, daß Organisationen und Zeitschriftenverleger an die Leiter und Lehrer herangetreten sind, um sie zum Bezug bestimmter, besonders in der allerletzten Zeit neugegründeter Zeitschriften, Zeitungen usw. aufzufordern. Sie kommen vielfach mit Empfehlungen, die amtlichen oder halbamtlichen Charakter haben und mit denen ein gewisser Zwang auf die Schulen ausgeübt werden soll. — Um Klarheit zu schaffen, wird folgendes angeordnet: Es ist verboten, Zeitschriften, Zeitungen usw. in einer Form zu empfehlen, die den Anschein eines amtlichen oder halbamtlichen Zwanges erwecken könnte. Es kann somit auch niemand zum Bezug solcher Zeitschriften, Zeitungen usw. verpflichtet werden. Es muß der Schule, den Lehrern und Schülern vollkommen freigestellt bleiben, sich für ein Buch, eine Zeitschrift, Zeitung usw. zu entscheiden, die sie selbst aus dem Verzeichnis empfehlenswerter Bücher und Zeitschriften gewählt haben. Ich ersuche die Herren Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten, unanschuldigt gegen alle Schulleiter und Lehrer vorzugehen, über die wegen Ausübung eines Zwanges Beschwerden einlaufen sollten.“

Rust hat also durch das erwähnte Verzeichnis den unsystematischen Kaufzwang in ein System gebracht.

## Zeit-Notizen

### „Hitlerismus — eine Religion“

Die englische Wochenschrift „Everyman“ wollte eine Diskussion für und gegen Hitler eröffnen und ersuchte deshalb eine hervorragende deutsche Stelle um einen Artikel. Das Blatt teilt nun die Antwort mit, die es von dieser Stelle — wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, handelt es sich um die deutsche Botschaft — erhalten hat: „Der Hitlerismus ist für uns eine Religion und keine politische Frage, ein Glaube, den man annehmen, aber nicht diskutieren, predigen, aber nicht bestreiten kann.“

### Lehrberechtigung entzogen

Auf Grund des bekannten Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums ist dem so. Professor für Wirtschaftsgeschichte und Leiter des Instituts für Zeitungswesen an der Universität Heidelberg, Dr. Hans von Eckardt, die Lehrberechtigung entzogen worden.

### Schmücke Dein Heim

Die neugegründete Vereinigung „Kulturdienst am Deutschen Volke“ (Kavo) gibt ein Flugblatt heraus, in dem als Zweck der Gesellschaft angegeben wird, „Verständnis für die symbolische Umgestaltung eines jeden deutschen Heimes durch eine sinnvolle Flaggendekoration in unseren nationalen Farben zu erwecken“. Es heißt dann weiter: „Die vollzogene Einheit des nationalen deutschen Reiches macht es jedem ehrlichen und aufrechten Deutschen zur Pflicht, diese geschichtliche Wende des staatlichen Wanders in seinem Heim und in seiner Familie symbolisch zu verankern und zu vertiefen, indem es fortan kein Herrenzimmer und besonders kein Kinderzimmer mehr geben sollte, in welchem die nationalen Reichsembleme fehlen.“

# Die Kriegsgefahr im Fernen Osten

## Der Konflikt ist unvermindert

Moskau, 11. Febr. 29 (Zsh). In einer Rede vor dem Kongress der kommunistischen Partei führte General Blücher, der Befehlshaber der russischen Streitkräfte im Fernen Osten, aus:

„Das Gebiet, das ich im Fernen Osten vertrete, ist gegenwärtig der Schauplatz wichtiger internationaler Ereignisse. Trotz den anscheinend pazifistischen Reden der japanischen Politiker können wir feststellen, daß Japan Kriegsvorbereitungen trifft. Die Nordmandschurei ist in einen Waffenspielfeld verwandelt. Japan bereitet mit äußerster Energie und unter Inanspruchnahme des gesamten Staatsapparates einen Vorstoß nach dem russischen Fernen Osten vor. Diese Vorbereitungen, denen nicht eine Defensiv-, sondern ein Angriffspolizist zugrunde liegt, umfassen insbesondere:

1. Den Bau riesiger strategischer Eisenbahnlücken; in den letzten zwei Jahren hat Japan mehr als tausend Kilometer neuer Eisenbahnlücken gebaut, die alle nach der sowjetrussischen Grenze führen. 70 Prozent dieser Eisenbahnlücken lassen sich nicht wirtschaftlich begründen. 2. In der Grenzzone sind in den letzten zwei Jahren 2000 Kilometer neue Straßen gebaut worden. 3. Fünfzig Flugplätze und Luftfahrtschneepisten sind im Dreieck Rußland-Farbin-Tschiatar und im Norden errichtet worden. 4. In der Mandschurei befinden sich gegenwärtig 500 japanische Flugzeuge. 5. Vor der Besetzung der Mandschurei besaßen sich 10.000 japanische Soldaten in den verschiedenen Garnisonen; heute sind es 120.000, d. h. mehr als ein Drittel der ganzen Armee. In dieser Armee kommen noch 110.000 bis 115.000 Mann der mandschurischen Wehrbestände und 12.000 Weißgardisten. Endlich ist die Flotte auf dem Sanganri um 24 Einheiten vermehrt worden.“

General Blücher erklärte, daß angesichts derartiger Vorgänge Sowjetrußland seine Landesverteidigung nicht außer acht lassen dürfe, und schloß seine Ausführungen mit dem Hinweis, daß, falls ein Krieg im Fernen Osten ausbrechen sollte, die Rote Armee unter der Führung Worschilows, Stalins und des Zentralkomitees sich zu verteidigen wissen werde.

Zur Lage des Fernen Ostens geht uns folgender Aufsatz zu:

General Krawt, der japanische Kriegsminister, ist vor einigen Wochen zurückgetreten. Krawt ist das Haupt der Offiziersbünde, die noch in diesem Frühjahr den Krieg gegen die Sowjetunion führen wollten. Eine Woche nach seiner Demission hielt Hirota, der Außenminister, vor dem Parlament eine überaus friedliche Rede. Japan könne keinen andern Wunsch, als den Frieden in Ostasien und damit in der Welt zu bewahren. Wer ihm Kriegsabsichten unterstelle und so die ohnedies vergiftete internationale Atmosphäre noch mehr vergifte, sei ein nichtswürdiger Verbrecher. Die Presse stimmte ihm begeistert zu und beklagte sich dabei wieder einmal bitter über das Mißtrauen, dem Japans Politik überall in der Welt, Deutschland natürlich ausgenommen, begegnet. Eines der wichtigsten Argumente, die sie für die ehrliche Friedensliebe Japans vorbrachte, war die Kammerdebatte. Die Redner aller Parteien — einige Querköpfe zählten nicht — seien mit Hirota einer Meinung gewesen. Der Außenminister habe für das ganze Land gesprochen. Ganz Japan sei für

den Frieden. Zwar gebe es zwischen Rußland und Japan manches zu bereinigen, etwa die Frage der Ostchinesischen Eisenbahn in der Mandschurei, doch bei einigermaßen gutem Willen lasse sich unschwer eine Verständigung erzielen. Und an Japan solle es wahrhaftig nicht fehlen.

Demnach gäbe es keine Kriegsgefahr mehr? Die Lage im Fernen Osten wäre entspannt, die Welt könnte aufatmen? Unbegreiflicherweise tut sie es nicht. Sie nimmt den Niedertritt Krawts ebensowenig ernst, wie die Rede des Außenministers, sie hält an ihrem Mißtrauen fest und argwöhnt hinter der plötzlichen Friedensbereitschaft ein Mandöver, bestimmt, den Aufmarsch zu vernebeln. Sie glaubt nicht an einen so schnellen Frontwechsel. Er kam zu plötzlich, um echt zu sein.

Sicherlich kann der hinterhältigen japanischen Politik gar nicht genug mißtraut werden. Es ist durchaus möglich, daß sie, wie schon so oft, ein abgekartetes Spiel treibt. Dennoch wäre es falsch, alles, was in Japan geschieht, nur als ein Schachspiel mit verteilten Rollen anzusehen, dergestalt, daß ein listige Reule die einen als Krieger-, die anderen als Friedensfreunde auftreten läßt, bis auf einmal die Komödianten das sorglos gemachte Publikum niederbauen. Es mag schon sein, daß der Rücktritt Krawts nur eine Finte ist und Hirota Friedensarten singt, damit man das Säbelschleifen überhört. Die Debatte im Parlament aber, auf welche die japanische Presse nachdrücklich hinwies, ohne allerdings außerhalb Japans damit Eindruck zu machen, zeigt, daß die bis vor kurzem nahezu gelähmten Kräfte, die sich gegen das Abenteuer eines Krieges wehren, stärker geworden sind als man vielfach gemeint hat.

Es gehört Mut dazu, im japanischen Parlament für den Frieden zu sprechen, nicht mit allgemeinen Phrasen, sondern konkret, gegen den Krieg mit Rußland und gegen die Kriegstreiber. Es gehört verzweifelt viel Mut dazu, das Militärbudget zu kritisieren. Die „Patrioten“ haben im Rücken von Vaterlandsverrätern einige Uebertone. Daß in der Debatte dennoch zum Teil sehr scharfe Worte gegen den Uebermilitarismus gefallen sind, läßt die Opposition breiter Schichten der Bevölkerung gegen die Abenteuerpolitik erkennen, vor allem die Opposition eines ansehnlichen Teiles der Bourgeoisie. Und das ist durchaus zu verstehen.

Die Eroberung der Mandschurei hat enorme Summen gekostet. Die Ausgaben für die Besatzungstruppen in Mandschukuo sind außerordentlich groß. Aber um das Erworbenere zu halten, also gegen China und Rußland zu Land, gegen Amerika zur See gerüstet zu sein, verlangen Armee und Flotte sprunghaft steigende Aufwendungen. Ein immer größerer Teil des Volkseinkommens geht für Rüstungszwecke auf. Die Rüstungsindustrie hat nichts dagegen einzumenden, wohl aber die Exportindustrie, die Wirtungen der Jen-Einweitung beginnen nachzulassen, der Schleudereport begegnet auf den Märkten, wo er überraschend einzubringen vermocht hat, wachsenden Schwierigkeiten. Höheren Löhnen, kleineren Kontingenten, die Löhne der japanischen Arbeiter lassen sich nicht mehr oder nur noch ganz unwesentlich herabsetzen, soll der Binnenmarkt nicht veröden. Das bedeutet aber, daß die Exportindustrie in steigendem Maße staatliche Unterstützung braucht, was wiederum nur bei einer Verengung der Ausgaben für die Armee möglich ist. Die Steuerlasten werden für die Bauern immer drückender, dem steigenden Export steht ein schrumpfender Binnenmarkt ge-

genüber. Soll die Eroberung der Mandschurei einen wirtschaftlichen Sinn haben, dann müssen dort gewaltige Kapitalien angelegt werden. Und nun gar ein Krieg mit Rußland! Was könnte Japan durch einen Sieg wirtschaftlich gewinnen? Wladimiroff ist kein Konkurrent für japanische Häfen, Sibirien östlich vom Baikaj birgt keine Rohstoffe, die es nicht auch in Mandschukuo in reichster Fülle gäbe, als Abfallmarkt ist es fast bedeutungslos und zur Anlage japanischen Kapitals bietet Mandschukuo Möglichkeiten, die Japan allein kaum wird ausnützen können. Dieser Krieg wäre ein Krieg um seiner selbst willen.

Eben das soll er sein. Das jeder Kriegsmaschine wesentliche Streben, weiterzulaufen, sobald sie einmal in Bewegung gekommen ist, wirkt gewiß sehr stark mit. Doch dieser antirussische Feldzug wäre noch etwas ganz anderes als die Weiterentwicklung des amichinesischen. Die herrschenden Klassen Japans brauchen den Krieg in ihrem Kampf gegen den inneren Feind. Dieser innere Feind ist die japanische Bourgeoisie. 1918 wurde zum erstenmal in der Geschichte Japans ein Reichsdellger Ministerpräsident. Das war der äußere Ausdruck des wirtschaftlichen Bandels in den Kriegsjahren. Die wirtschaftliche entscheidende Klasse, das Bürgertum, zwang den bis dahin allein herrschenden Feudaladel, ihr ein Stück der politischen Macht abzugeben. Bis dahin hatte der Adel alle politischen Kommandoposten besetzt gehalten; Armee, Flotte, hohe Bürokratie, Diplomatie waren die Domänen, in denen die Feudalen, Japans Herren bis zur Erschließung des Landes, schrankenlos geberrschet hatten. Je mehr das Bürgertum in der Entwicklung Japans zum Industriestaat erstarbte, um so nachdrücklicher erhob es Anspruch auch auf die politische Macht um so erbitterter wurde der Kampf der Parteien, das heißt des Bürgertums, mit dem Feudaladel. Tessen stärkste Waffe ist die Armee. Am stärksten ist die Waffe im Kriege. Friede, das bedeutet: Weiterentwicklung Japans auf dem kapitalistischen Weg, Stärkung der neuen Klassen gegenüber den alten, zunehmende Unmöglichkeit, die überlebenden politischen Machtverhältnisse, den ihnen immer mehr widerstrebenden wirtschaftlichen Verhältnissen gegenüber aufrechtzuerhalten. Der einzige Ausweg, die Vollendung der bürgerlichen Revolution hinauszuschieben und der Abdankung des Feudalismus zu entgehen, ist der Krieg. Denn der andre, der seltsame japanische Feudalismus, die Verbrüderung der Ritter mit den Proletariaten gegen die „kapitalistische Haische“ im Namen des Mikados, ist ja nur auf eine kurze Strecke gangbar. Was der japanische Feudaladel braucht, ist der Krieg in Permanenz, der Krieg als Mittel, eine durch den Wirtschaftswandel immer unhaltbarer werdende Herrschaft zu behaupten. Es soll daran erinnert werden, daß die „Zivilisten“, die Regierung in Tokio, damals eine Parteienregierung, im Herbst 1931 von dem Ueberfall der japanischen Truppen auf Rußland nicht weniger überrascht wurden als die Chinesen in Mufden selbst.

So widersprüchlich es auch erscheint, die wieder beginnende Opposition bürgerlicher Elemente gegen einen neuen Krieg speiziert nur die Kriegsgefahr. Wenn das Militär sieht, daß sich seinen Plänen Schwierigkeiten entgegenstellen, innere, aus dem Gefüge der japanischen Gesellschaft kommende, die notwendigerweise gewinnen sie nur wieder etwas Raum, schnell wachsen müssen — dann wird es um so eher zum Vorkommen drängen. Die beste Antwort auf das Murken der Zivilisten ist ein Grenzzwischenfall am Amur. Die Kriegsgefahr ist größer denn je.

# Brief einer deutschnationalen Frau

## Zur Stimmung im Reich

Eine deutschnationale Frau schrieb an eine deutsche Freundin im Ausland:

Es hat mich interessiert zu lesen, daß Sie auch von anderer Seite aus Deutschland hören und anscheinend nicht viel Gutes. Aus meinem letzten Brief konnten Sie ja auch eine reichliche Portion Skeptizismus gegen die jetzt herrschenden Zustände herauslesen, und ich habe doch eigentlich so geschrieben, daß ein „Vogelzug“, wie Sie meinen, daraus nicht zu entnehmen ist. Ich habe allerdings die Hoffnung zum Ausdruck gebracht, daß der jetzige gewalttätig entschlossene Nationalismus nicht eines Tages ins Gegenteil umschlägt und wir doch noch den Kommunismus bekommen. Und das wäre sehr schlimm. Jetzt wäre es viel schlimmer, als wenn wir erst den Kommunismus und dann eine anhängige Regierung bekommen hätten. Sie haben recht, wenn Sie sagen, Deutschland wird zur Zeit slavisch beherrscht. Niemand darf an der jetzigen Methode mädeln, alles wird vorgeschrieben, und zu allem wird man „freiwillig“ gezwungen.

Die Zeitungen sind voller Lüge über die eigenen Taten, jedes Wort, jeder Artikel, ganz gleich ob über Buchrezensionen, Rundfunk, Wirtschaft, Politik, Kirche wird geschrieben, daß man vor lauter schönen Worten über den Nationalsozialismus zum Schluß nicht weiß, was eigentlich drinsteht.

Unser Propagandaministerium ist sehr auf der Höhe, ob ja. Glauben Sie übrigens ja nicht, daß diese Regierung durch Zusammenlegung von kleinen Regierungen und Behörden weniger Beamte beschäftigt; dafür sind die unmaßstäblichen Ministerien neu gegründet worden, denn all die Nationalsozialisten wollen und sollen untergebracht werden. Sicher waren manche Institute veraltet, und sicher gab es allerlei zu organisieren; doch geschieht jetzt bestimmt vieles nur, um an maßgebende Stellen Nazis zu setzen. Die Postensprezerei durch Parteimitgliedschaft ist größer als jemals. Wer den größten Mund hat und am besten mit den Dackeln klappen kann, wird was.

An den Verlesungen, zu denen die Berufstätigen gehen müssen, wenn möglich mit Gelang durch die Straßen, wird mit fabelhaftem Wort- und Stimmanfang von den verschiedenen Rednern immer daselbe über den herrlichen Nationalsozialismus geredet. Die männlichen Mitglieder der nationalsozialistischen Betriebsorganisationen müssen jetzt auch eine Art Uniform sich anschaffen. Die häßlichen SA-Uniformen sollen geändert werden. Das kostet doch alles Geld!

Aber es ist ganz undenkbar, sich irgendwie anzuschließen. Man wird dann wie ein Ausländer behandelt. Bei vielen Behörden wird auf den normalen Gruß „Guten Tag“ einfach nicht geantwortet, man soll „Heil Hitler“ sagen. Ueber dieses und manches andere habe ich mir schon so oft den

Mund verbrannt, weil ich es bemängelte, daß ich bereits gewarnt worden bin; denn es kamen auch Frauen ins Konzentrationslager!

Aus den Zeitungen, die ich Ihnen inzwischen schickte, haben Sie vielleicht gelesen, wie viel Häftlinge zu Weihnachten aus solchen Lagern entlassen wurden auf dem Gnadenwege. Die Lager müssen also gut gefüllt gewesen sein. Es ist soviel Widerspruchsvolles in den Menschen und in der Zeit. Die einen, und zwar nach meiner Erfahrung die gebildeten Kreise, finden fast alles jetzt richtig und gut, soweit sie nicht besonders geschöpft werden und weil sie den Kommunismus fürchten, der sonst dieses Regime ablösen könnte. Dabei kann ich natürlich nicht die Leute in Betracht ziehen, die bereits eine Führerschaft haben — und das sind sehr viele — oder die sonst von der Unsicherheit überzeugt sind. Viele Handwerker und kleine Leute sagen mindestens, es ist alles Theater, wenn sie sich nicht härter ausdrücken.

Daß die Abstimmung im November in Deutschland wegen des Austritts der deutschen Regierung in Genf so zugunsten Hitlers ausfallen würde, hat sich auch der gläubende Nazi nicht träumen lassen. Und da konnten die Leute sich ja anhören, da es „geheim“ Wahl war, aber die Frage, die zu beantworten war, war so gestellt, daß man gar nicht anders konnte als Ja sagen. Sie hätten mal sehen sollen, wieviel Dankensprüche an diesen Tagen der Abstimmung herausgingen! In manchen Gegenden mit angesprochen kleinen Wohnungen an Balkon neben Balkon. Die Straßen erschienen ganz rot.

Es paßt eben einer auf den anderen auf. Auch z. B. bei den Winterhilfe-Sammlungen; diese Pakete wurden durch die Hauswirtschaftere eingesammelt, so daß jeder damit rechnen mußte, wenn er nur ein kleines Paket spendete, wird er durch das Haus verfrachtet.

Die Warenhäuser und Kaufleute, die Fabriken, sie können gar nicht anders als fortwährend spenden. Dabei sind die Sammler judenfeindlich; Kinder von der Hitler-Jugend haben färslich gleich hintereinander bei uns an der Tür geläutet.

Nur den Lustigen wird eifrig gesammelt, d. h. man soll beitreten, damit man monatlich was hat. Alle Gelder sollen in einen großen Topf fließen, wozu? Sie haben von der Reichskulturkammer gelesen; nicht wahr? Die Handwerker müssen wieder alle in Annungen sein, die Freiheit soll organisiert werden. Es soll eben jeder unter Aufsicht sein. Die monatlichen Beiträge wachsen ständig, mindestens ein Viertel des Lohnes bekommt man nicht zu leben. Den jungen Leuten und den Kindern macht das Uniformtragen und durch die Straßen mit Gelang rennen ja Spaß. Aber auch da paßt einer auf den anderen auf, und vor allem denkt jeder, er könnte ein bißchen mehr werden, traudt zu ein kleiner Führer einer Gruppe vielleicht.

Die Minister, Göring ganz besonders, sind natürlich mit ihrem Trost und Staatsräten usw. so überzeugt von ihrer Sendung und Größe, daß man nur den Kopf schütteln kann.

Nun liest man in den Zeitungen manchmal Artikel, daß die anderen Länder die Juden auch nicht wollen und daß sich nationale Gruppen bilden, so daß man ja wirklich nicht weiß, was aus allem mal wird und ob die Deutschen jetzt nicht recht hatten. Uebrigens soll durch Rundfunk gesagt worden sein, daß man auch in nicht-arischen Geschäften kaufen kann, da diese Leute ja auch Steuern zahlen! Man sieht wohl bereits ein, daß sie zu Anfang das Kind mit dem Bade ausgeschüttet haben. Ebenso sollen die Geschäftsketten gegen die christlichen Vögel jetzt nachgelassen haben. Ich glaube, Hitler denkt jetzt schon manchmal: die Götter, die ich rief, die werd' ich nun nicht los.

Die Arbeitslosenfrage ist auch solch Problem. Von einem weih ich: er bekam als junger unbeschäftigter Mann mittlerweile von der Volkshilfe 8.— Mark pro Woche. Nun muß er bei Straßenarbeiten helfen, wogegen ja an sich gar nichts einzunehmen ist; dafür bekommt er für fünf Tage 4.— Mark mehr.

D. h. er erscheint nun nicht mehr in der Arbeitslosenstatistik, bekommt aber unverhältnismäßig wenig bezahlt. Bei diesen Notstandsarbeiten bestehtlich Weizenbau, Aufregulierungen usw., die für die Arbeitslosen erdacht sind, werden auch die schlimmsten Dinge gemacht, um nicht zu sagen die dümmsten. Aber dadurch, daß das Reich die Wirtschaft ankurbeln will durch Vergebung von Arbeiten und Reichsaufschüssen, werden täglich sinnlose Dinge ausgeführt und vor allem sucht jeder wieder seinen eigenen Profit. Viele Arbeitslose wollen gar nicht mehr arbeiten; sie bekommen ihr bestimmtes Geld, sehr billige Lebensmittel, Kohlen, Preiszarten und allerlei spendend; und mander, der Arbeit hat, bekommt vielleicht doppelt soviel Geld, braucht aber andere Kleidung, Nachschub und muß immerzu spenden. Alle Studenten müssen für die Folge eine Arbeitslagerzeit absolvieren, wozu denn? Sie verlieren dadurch ein Semester; sie sollen auch braune Anzüge tragen. Den Bauern wird durch viele Maßnahmen, z. B. die Erbhöfvererbung, so der Boden mehr gesichert, daß die Auswirkungen nicht abzuweichen sind. Ich hoffe, bald wieder von Ihnen zu hören...

## „Geschmacklosigkeit“ strafbar

(Anprek.) Der frühere Abteilungsleiter und Professor Dr. Kurt Sch., ein früherer Offizier, Ballistikforscher und Zeitweiliger gegen das „rote Hamburg“, wurde vom Sondergericht zu vier Wochen Gefängnis verurteilt, weil er über die nationalsozialistische Bewegung und deren Führer Bemerkungen gemacht hatte, die mehr als „grobe Geschmacklosigkeit“ gewesen sein sollen.

## Eine Naziblüte

(Anprek.) Der Hagelbruder Wilhelm Reiche aus Dortmund-Barop hat aus Winterhilfsgeldern 1700 Mark unterschlagen.

# Pariser Berichte

## Pariser Straßenkalender

Neunhundert russische streikende Chauffeurs in Paris haben dem zaristischen russischen Blatt „La Renaissance“ einen Protest wegen seiner tendenziösen Haltung im Chauffeurstreik und seiner Unterstützung von Streikbrecherdiensten geschickt.

Die alte kleine Kirche Saint-Julien-le-Pauvre, die in Alt-Paris gegenüber von Notre Dame auf dem linken Ufer liegt, wurde nach einer griechischen beziehungsweise arabischen Messe von dem neuen rector, Mgr. Chiniara, übernommen. Die Kirche dient dem griechisch-orientierten Ritus, einer mit der katholischen Kirche vereinten Glaubensgemeinschaft, und ist insofern ein Zeichen der Internationalität von Paris.

Nach einem Beschluß der Sozialisten der Seine vertritt Marceau Pivert diese Föderation auf dem großen Meeting anlässlich des Jahrestags des Reichstagsbrands zu Magic-City am Dienstagabend.

Der „Populaire“ veröffentlicht in französischer Sprache in großem Druck den neuen Aufruf des Matteotti-Comités zugunsten der deutschen Flüchtlinge.

Wie uns der Pariser Deutsche Klub mitteilt, hält er seinen wegen der Unruhen verschobenen Maskenball nunmehr am Samstag, dem 3. März, im Hotel Littré (Bahnhof Montparnasse) ab. Beginn 21.30 Uhr, Mitglieder frei, Gäste 15 Fr. (ermäßigte Karten für Stellunglose 6,75 Fr.). Ein großes künstlerisches Programm ist ausgearbeitet. Julia Marcus, früher Städtische Oper Berlin, bringt neueste Tänze.

**Damenstneider**  
**J. Mastchenko**  
7, Rue de Valenciennes, St. Honoré. Tel. Opéra 72-77  
Kleider, Mäntel, Umarbeitung, Reparatur

**Deutsche Leihbücherei**  
Monatsabonnements von Fr. 12 aufwärts.  
Umtausch beliebig oft.  
Lieferung ins Haus.  
Librairie du Luxembourg,  
73, Bd. St. Michel  
Téle. Odéon 30-60

## Givet will keine Konzentrationslager

Im Kreise der zahlreichen Protestversammlungen und Kundgebungen gegen den Faschismus, die durch ganz Frankreich gingen, ist besonders die Entschließung von Givet bemerkenswert. Givet liegt oben in den Ardennen, ein kleiner Industrieort neben der belgischen Grenze. Die dortigen Proleten aller Richtungen sind zusammengekommen und haben ganz einfach erklärt, sie wollen nicht Konzentrationslager kennen lernen, wie ihre Kameraden in Deutschland und Italien, den benachbarten Ländern. Mit dieser einfachen Logik beschlossen sie die Einheitsfront.

## Beerdigung eines Kameraden

An der Mairie Bièvre trafen sich an einem dieser Februartage, in denen Paris im Lichte des Vorfalles liegt, die Kameraden des Reichsbanners, vertriebene Sozialisten und Gewerkschaftler, um einen der Ihren, der auf fremdem Boden gestorben ist, zu bestatten. Der deutsche Transportarbeiter Jaksch, der drüben in „Feindesland“ in einer Strafanstalt gefangen war und nach vielen Leiden entlassen wurde, weilte hier im gastlichen Frankreich als einer der vielen, die ihre Heimat verloren haben. Jetzt starb er infolge mancher Entbehrungen an einem Lungenleiden. Auch er ein Opfer derer, die die Menschlichkeit aus dem deutschen Lande vertrieben.

Die Kameraden standen an seinem Sarge und senkten mit einer Gedenkrede eines der Freunde vom Matteotti-Comité den Leichnam in die kühle Erde des Pariser Vororts.

## Abermals Boykott des Hakenkreuzes

In der Bretagne, der Normandie, an der Gironde usw. haben sich die französischen Hafenarbeiter systematisch geweigert, Schiffe zu entladen, die mit der Hitler-Flagge ankommen. Ein neuer Fall wird jetzt vom Mittelmeer gemeldet. In Nizza liegt zur Zeit das deutsche Schiff „Gonn“ mit dem Hakenkreuz auf blutrottem Grund, aber die Dockarbeiter weigern sich, die Ladung der Hitler-Firmen an Land zu bringen.

## Pariser Theater

Jeudi, le 1. Mars 1934

- Opéra. — Relache.
- Opéra Comique. — Madame Butterfly (20).
- Comédie-Française. — Zaire, Les Folies Amoureuses (14), Monna-Vanna (20.45).
- Odéon. — L'Avare, Crispin rival de son Maître (14.15), Colomba, Tempête sur les Côtes (20.30).
- Théâtre Français (Odeon). — 14.15.
- Atelier. — Richard III. (20.45).
- Gymnase. — Le Messager von Henry Bernstein mit Gaby Morlay (21).
- Madeleine. — Le Passage des Princes (Offenbach) (20.45).
- Michodière. — Les Temps difficiles (20.30).
- Michel. — Parole d'honneur (21).
- Oeuvre. — Une Femme qu'a le coeur trop petit, von Crommelynek (21).
- Palais-Royal. — La Famille Vaubertain (21).
- Théâtre de Paris. — Tavaritch (20.45).
- Sarah-Bernhardt. — Alibi 14 von Jean Guittou (20.15).
- Châtelet. — Rose de France (20).
- Gaité-Lyrique. Le pays du sourire (Das Land des Lächelns) von Lehar (20.45).
- Mogador. — L'auberge du Cheval Blanc (Im weißen Rössl).
- Pigalle. — La Chauve-Souris (Die Fledermaus). Regie: Max Reinhardt (20.30).
- Porte Saint-Martin. — Wiener Walzer (Operette von Johann Strauß, Vater und Sohn), mit André Baugé (20.30).
- Casino de Paris. — Revue: Vive Paris mit Cécil Sorel. Im 2. Akt: Maitresses de Bois, von Sacha Guitry (20.30).
- Folies-Bergère. — Folies en Folie, Revue mit Mistinguett. (20.30).

Tél. Trinité 43-13  
Métro Pigalle

## Deutsche Poliklinik

Paris, 02, Rue de la Rochefoucauld

a) Allgemeine Konsultationen mit 9 Spezialisten.  
b) Chirurgie  
c) Geburtshilfliche Klinik  
d) Zahnärztliches Kabinett

Innere Medizin, Augen-, Ohren-, Nasen- und Kehlkopfkrankheiten, Kleinf., mittlere und große Chirurgie mit 1 bis 4 Betten, 3 Heb- und 2 Operationsstühle. Die allermodernste Einrichtung umfasst 2 Operationssäle.

Zahn- und Mundchirurgie, Gold- und Porzellanarbeiten, -Brücken, Kautschukarbeiten

Ordination täglich von 9-12 und 2-5; Sonntags und Feiertags von 10-12 und 2-4 Uhr

PARIS-ETOILE  
0, RUE D'ARMAILLE

## CHEZ KORNILOFF

Berühmt durch seine vorzügliche Küche u. seine Spezialitäten. Stark besucht von deutschen Gästen.  
Téléphone Étoile 32-49

Feinste jüdische Selchwaten- und Wiener Bäckerei-Geschäfte Paris

58, AVENUE WAGRAM, Tel. Carnot 27-62  
58, RUE DE PASSY, Tel. Auteuil 33-61

**Doktor Wach und Doktor Axel**  
Geschlechtskrankheiten, Männer und Frauen  
125, Bd. Sébastopol. — Sprechstunden v. 9-12 u. 2-5 Uhr, Sonntags vormittags  
Nasen, Hals, Ohren.  
Sprechstunden täglich von 5-7 Uhr

## Riesenschmuggel aus dem „dritten Reich“

Wie aus Straßburg berichtet wird, ist dort ein wohlorganisierter Schmuggel aus dem Reich aufgedeckt worden. Eine Pascherbande, die Filialen an verschiedenen Orten des gleichgeschalteten Landes unterhielt, schmuggelte mit großer Kunst vor allem Seidenstrümpfe und Thermosflaschen über die elsässische Grenze. Der Betrag der ausgeführten Waren wird auf mehrere Millionen Franken errechnet. Ein neuer Beweis, wie ausgezeichnet es der neue Volkskaiser versteht, der Korruption, der er das Haupt zertreten wollte, Herr zu werden.

## Der neue britische Botschafter

Die politische, aber auch die gesellschaftliche Stellung des Botschafters der Vereinigten Königreiche in der französischen Hauptstadt ist überragend. Sir William Tyrrell, der scheidende Diplomat aus der Schule Edward Greys, war Ire und Katholik, Sir Georg Russel Clerk, sein Nachfolger, der „der distinguierteste britische Diplomat“ genannt wird, ist ein internationaler Fachmann von besonderer Sprachenkenntnis.

Sir Georg Russel Clerk begann seine Tätigkeit in der Türkei als erster Botschaftssekretär in der entscheidenden Zeit des Goldenen Horns, ein paar Jahre vor dem Weltkrieg. Er wurde dann Botschafter bei der von Massaryk und Benesch errichteten jungen tschechoslowakischen Republik und ging als Botschafter an die Angora-Türkei zurück. In Brüssel, auf seinem letzten Botschafterposten, weilte er nur wenige Monate, als Durchgangsstation. Auch die Gemahlin des Botschafters, Lady Clerk, gehört zum Pariser Leben; sie hat vor einigen Jahren durch Ausstellung einer bedeutenden Aquarell-Sammlung von sich reden gemacht.

## Die Korsaren des Kaisers

Paul Jolidon, ein im Saargebiet wohnender Verfasser, hat bekanntlich mit seinem Roman „Un Alsacien avec les corsaires du kaiser“ („Ein Elsässer unter den Korsaren des Kaisers“) den Romanpreis des „Temps“, der angesehensten Pariser Zeitung, erhalten.

Die „Hessische Landeszeitung“, ein gleichgeschaltetes Blatt, hat jetzt in ihrer Ausgabe vom 18. Februar einen Aufsatz „Die französische Propaganda an der Saar“ veröffentlicht, den der Oberst von Xylander geschrieben hat. Der Oberst entdeckt, daß der Preis nur aus Gründen der „Propaganda“ an Jolidon gegeben sei. (Denn da in Deutschland alles Eintopfgericht mit Propaganda ist, ob Kohl, Literatur oder Weltanschauung, so kann sich der Herr Oberst das eben nicht anders vorstellen.)

Tatsache ist, daß Paul Jolidon, heute Beamter im französischen Zoll, dereinst Matrose in der kaiserlichen Marine, im Jahre 1919 im Saargebiet wohnhaft war und also stimmberechtigt bei der Saar-Abstimmung ist. „Man glaubt“, erklärt Oberst von Xylander, „auf diese Weise mit Sicherheit seine Stimme für Frankreich gewonnen zu haben.“ „Dieser Scherz ist etwas stark“, bemerkt dazu der „Jour“, „wenn man bedenkt, daß der Preis des „Temps“ 20 000 Franken betrug. Das scheint ein bißchen viel für eine einzige Stimme, die noch nicht einmal im Parlament sitzt.“

## 5,5 Millionen Pfund jüdisches Kapital in Palästina im Jahre 1933 investiert

Im Verlaufe d. J. 1933 haben Juden, wie aus den der JTA vorliegenden halbamtlichen Zahlen hervorgeht, in Palästina 5 500 000 Pfund investiert; das bedeutet gegenüber 1932 mit nur 3 250 000 Pfund Investitionskapital eine Erhöhung von 2 250 000 Pfund. In der zweiten Hälfte d. J. 1933 wurden in Palästina 133 Fabriken errichtet, 50 weitere Fabriken befinden sich im Bau.

## BRIEFKASTEN

„Aus Köln“. Es ist uns bekannt, daß der katholische Vizepräsident Engend von Köln einer katholischen Jugendgruppe erlaubt hat, bei der Beerdigung eines ihrer Mitglieder „in Kunst und mit Raben“ aufzumarschieren. Ihre Vermutung, daß das ein Einigenkommen an den Kölner Kardinal sei, teilen wir nicht. Der Nazi-Gebietsführer Bollnow heißt ausdrücklich öffentlich fest, daß es kein Zurückweichen auf der biederigen Linie gibt: „Nur mit allen Jugendverbänden! Die deutsche Jugend gehört ausnahmslos zur Hitlerjugend.“ Es bleibt also bei dem nationalsozialistischen Kulturfest gegen die katholischen Jugendvereine.

Max H., Amsterdam. Sie fragen, ob Alfred Braun, der einmal dem Berliner Rundfunk Gehört und Farbe gab, noch im Konzentrationslager oder im Gefängnis sei. Wir geben Ihnen gern Antwort. Braun ist bekanntlich im Sommer gleichzeitig mit Fritz Oberst, Ernst Reimann und Direktor Magnus von der Rundfunkgesellschaft im Lager Cranzburg „eingeliefert“ worden. Hier blieb er einige Monate. Später kam er ins Vollzugsgefängnis unter der Aufsicht der Korruption, die sich auf nichts anderes als auf seine Beglückung beschränkt. Er wurde auf einmal entlassen, ohne daß in der Öffentlichkeit darüber berichtet wurde. Jetzt lesen wir in Schweizer Blättern, daß Alfred Braun in der Schweiz zusammen mit Franz Buch in Beratungen auftritt, die „Das Lied der Zeit“ heißen und sich eines sehr harten Töne ausdrücken.

Für den Weltfrieden verantwortlich: Johann P. in Dabweller; für Inferno: Otto Buch in Saarbrücken. Rotationsdruck und Verlag: Verlag der Volksstimme GmbH, Saarbrücken 3, Schützenstraße 5. — Schließfach 776 Saarbrücken.

**Comptoir du Chocolat et de l'Alimentation**  
14, Bd. St-Martin, Tel. Bot. 70-78  
Die besten Schokoladen Oesterreichs, Oesterreichische Bonbon-Spezialitäten, Stollwerk, Manner, Küfferle, Egger usw. Zwecks Einführung auch Einzelverkauf zu günstigen Bedingungen. Vertreter und Wiederverkäufer gesucht.

**Porte Champerret Hotel Grill-Room Berthier**  
173, Bd. Berthier, 14, Carnot 72-47. Mikrowe, Wohnungen, Allen Komfort, Badezimmer, Küche usw. Monatlich und wöchentlich. Nach Wunsch Pension Maßige Preise, Métro Champerret, Aut. 5 C. B. 9-16. CA. BY. 33 X.

Der Erfolg liegt in der Reklame!

Inserieren Sie deshalb in der „Deutschen Freiheit“

**Beteiligung**  
Zur Bildung einer Aktiengesellschaft in der Baustraße in Straßburg, in dauernd größeren Aufträgen - Staat - Privat - werden Teilhaber gesucht. Aktive Mitarbeiter bevorzugt. Offerten an E. MOLL, STRASBOURG 21, rue de la Nuée Bleue

Verjüngen Sie Ihr Gesicht um 10 Jahre!

## Ein Arzt entdeckt ein verblüffendes Schönheitsmittel

Es ist jetzt leicht, alte und welke Haut zu verjüngen und sie frisch und weich zu machen. Der Wissenschaftler es gelungen ein organisches Verjüngungsmittel für die Haut zu finden. Wenn man dieses Mittel in die Hautgewebe einreicht, so verschwinden alle Runzeln und Falten, die Poren öffnen sich, Mühsen und andere entstellende Unreinigkeiten verschwinden. Dieses Verjüngungsmittel, das aus den Organen junger Tiere gewonnen wird, ist nur in der neuen Creme „Tokalon“ enthalten. Seine tonische und verjüngende Wirkung geben der Haut den Hauch von Frische und strahlender Jugend, die nur von gesunden und richtig genährten Geweben ausgehen und selbst ein sonst wenig anziehendes Gesicht reizvoll und sogar schön erscheinen lassen. Benutzen Sie die Tokalon-Nähr-Creme „Tokalon“ abends vor dem Einschlafen. Während des Schlafes wird Ihre Haut genährt und verjüngt. Benutzen Sie die weiße Haut-Nähr-Creme „Tokalon“ (nicht fett) morgens nach dem Waschen. Dank dem Gebrauch dieser Creme wird die Haut straff und schmerzwoll. Sie erfrischt das Gesicht für den ganzen Tag und bildet eine Grundlage, die den Puder hält und glättet, Ihre Haut und Ihr Teint mögen in noch so schlechtem Zustand sein — nach Anwendung dieser Haut-Creme werden Sie überrascht und Ihre Erwartungen weit übertrafen sein.

**GRATIS.** — Auf Grund einer Vereinbarung mit den in Frage kommenden Laboratorien, kann jede Leserin dieses Blattes in den Besitz einer Geschenk-Luxus-Packung von Schönheitspräparaten gelangen, die folgendes enthält: Eine Tube „Tokalon“ Creme „Blanc“, eine für den Gebrauch vor dem Einschlafen; eine Tube „Tokalon“ Creme weiß für den Gebrauch morgens nach dem Waschen; Creme Pulver (Frisch) nach Wunsch sowie vier Pulverproben in den gängigen Modus-Halterungen. — Senden Sie 3 Franc für Porto, Verpackung usw. an die Maison „Tokalon“, Service 57 A, 7, rue Auber, Paris.